

Grenzfriedensbund

Anschrift: Hafendamm 15, 2390 Flensburg Geschäftsführerin:
Ingrid Schumann Sprechzeit: Montag bis Freitag 9.30 12.00 | In
Fernsprecher (04 61) 2 67 08 Außerhalb der Geschäftszeit (04
61)3 52 49

Beitrag: 12 DM für Einzelmitglieder, 25 DM für Verbände, Schu-
len usw.

Bankkonten: Stadtparkasse Flensburg 2 001 020 (BLZ. 215 500
50) Sparkasse NF Husum 13 862 (BLZ 217 500 00)
Postgiroamt: Hamburg 114 07-206 (BLZ 200 100 20)

Seite

Henrik Becker-Christensen

Pastor Johannes Schmidt als Politiker.....86

Johann Peter Noack

Redakteur Ernst Christiansen - Wegweiser und
Gestalter der dänischen Minderheit Pastor Johannes
Schmidt als Politiker.....101

Raning Krueger

Der Südschleswigsche Wählerverband (SSW)
Teil 2: 1955-1971.....111

Umschau ab Seite 142

Die Grenzfriedenshefte werden vom Grenzfriedensbund herausgegeben.

Sie erscheinen vierteljährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes enthalten.

Einzelheft 6,- DM.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. Redaktion der Grenzfriedenshefte:

Dr. Jörn-Peter Leppien, Hedwig-Marggraff-Str. 21, 2398 Harrislee

Artur Thomsen (verantwortlich), Holstengang 4, 2390 Flensburg

Redaktionsanschrift: Hafendamm 15, 2390 Flensburg

Gesamtherstellung: Harry Jung - Am Sophienhof 9, 2390 Flensburg

Pastor Johannes Schmidt als Politiker

Ein Beitrag zum Verständnis seiner politischen Grundhaltung in den Jahren 1920-1932*

von HENRIK BECKER-CHRISTENSEN

Johannes Carl Schmidt wurde 1869 in Tondern geboren. Sein Vater war hier Vorsteher des Lehrerseminars. Im darauffolgenden Jahr übernahm der Vater ein Pastorenamt in Svenstrup auf Alsen. Hier verbrachte Johannes Schmidt seine Kindheit - bis er im Alter von 11 Jahren an das Gymnasium in Hadersleben kam. Dort trug er seine ersten nationalen Kämpfe aus - mit Schneeäpfeln, Kastanien und anderen „Waffen“, wie er es später Ernst Schröder anvertraute. Im Jahre 1888 machte er sein Abitur und studierte danach Theologie in Leipzig, Greifswald und Kiel. Sechs Jahre später schloß er sein Studium mit dem Staatsexamen ab. In seiner Studienzeit schloß sich Schmidt dem damals nationalistischen und antisemitischen „Verein deutscher Studenten“ an. Dieser Verein nahm auf seine politische Auffassung einen entscheidenden Einfluß. Er schrieb selbst viele Jahre später, daß sein Studienaufenthalt in Greifswald an seiner geistigen Entwicklung wohl den größten Anteil hatte. Schmidt bezog sich ohne Zweifel auf die besondere „Greifswalder Theologie“, außerdem war er in Greifswald Vorsitzender der dortigen Abteilung des „Vereins deutscher Studenten“. Schmidt ließ sich aber nicht von der antisemitischen Haltung des „Vereins deutscher Studenten“ leiten, obwohl er hin und wieder seine Abscheu gegenüber den Juden Ausdruck gab, die seiner Meinung nach außerhalb der

* Vortrag in der Hermann-Ehlers-Akademie, Kiel, am 23. 5. 1991. Der Vortrag geht zurück auf das Werk von Henrik Becker-Christensen, „Det tyske mindretal i Nordslesvig 1920-1932, 2 Bde, Aabenraa 1990. Die Redaktion.

deutschen Volksgemeinschaft standen. Stattdessen war es der nationale Konservatismus, der sich in den Studienjahren in seinem Bewußtsein festsetzte, und der sein späteres Wirken bestimmte. Christlich-protestantisch, optimistisch-sozial-konservativ, kaisertreu und deutsch-demokratisch, aber nicht deutsch-parlamentarisch im modernen westlichen Sinn so zeichnete sich Schmidts konservatives Weltbild in diesen Jahren laut dem Kieler Geschichtsforscher Peter Hopp ab, der der beste Kenner des Lebens und Wirkens von Pastor Schmidt ist.

Nachdem Schmidt in Berlin seine Wehrpflicht abgeleistet hatte, kehrte er nach Nordschleswig zurück. Er wurde im Jahre 1896 Pastor in Wodder und übte diese Tätigkeit bis 1920 aus! In dieser dänisch dominierten Gegend versuchte er sich, genau so wie es der bekannte Pastor Jacobsen in Scherrebek tat, u. a. an der Urbarmachung der Heide, Karpfenzucht und der Gründung einer Deutschen Nachschule, aber ohne so katastrophale Folgen wie im Falle Pastor Jacobsens. Im Gegensatz zu seinem Kollegen in Scherrebek, der sich in dem „Deutschen Verein“ sehr stark engagierte, war Pastor Schmidt kein Anhänger von äußeren Zwängen im Dienste der nationalen Sache.

In einer Rede auf dem Knivsberg im Jahre 1906 warnte er seine deutschen Landsleute davor, sich an der „Größe“ Deutschlands zu berauschen und forderte sie auf, mit Blick auf die dänischgesinnte Bevölkerung, sich über die Lebensweise anderer zu freuen. Als Dank für diese nationale Nüchternheit wurde er in H. P. Hanssens Zeitung Hejmdal besonders erwähnt. Die Zeitung schrieb: „Es ist wünschenswert, wenn wir ruhigeren Zeiten entgegengehen, daß Männer wie Pastor Schmidt auf deutscher Seite im Vordergrund stehen.“ Das war 14 Jahre später der Fall, aber da wurde in Hejmdal ein anderer, härterer Ton angeschlagen. Bevor es soweit kam, hatte Schmidt mehrere Male den Beweis seiner versöhnlichen Haltung der dänischgesinnten Bevölkerung gegenüber erbracht. Im Schleswig-Holsteinischen Kirchenblatt

nahm Schmidt 1907 Abstand von einer deutschen Zwangspolitik in Nordschleswig und verteidigte das Recht der Dänischgesinnten, ihre eigene Kultur zu pflegen. Diesen Standpunkt vertrat er auch zwei Jahre später bei der Gründung des „Nordschleswigschen Pastorenvereins“ und des „Vereins für Friedensarbeit in der Nordmark“. Besonders im letztgenannten war Schmidt die treibende Kraft und bekämpfte hier als Vorsitzender den harten Kurs des „Deutschen Vereins“. In den darauffolgenden Jahren beschäftigte Pastor Schmidt sich eingehend mit den nationalen Minderheitsrechten und fertigte im Jahre 1914 ein Kulturprogramm an, das u. a. die Forderung der Gleichberechtigung innerhalb der Presse, des Vereinslebens und der Schulen zwischen Dänen und Deutschen in Nordschleswig beinhaltete. Dieses Programm war an die deutsche Regierung gerichtet, blieb aber unbeantwortet.

Wenn man Schmidts nationale Haltung in der Zeit vor dem 1. Weltkrieg beurteilen will, muß man sich vor Augen halten, daß er und seine Gleichgesinnten auf keinen Fall den Wunsch der Dänen nach einer Grenzregulierung teilten. Wie der „Deutsche Verein“ waren auch sie der Meinung, daß Nordschleswig untrennbar mit dem Deutschen Reich verbunden war. Es war nicht das Ziel, sondern die Mittel, die ihre Uneinigkeit hervorriefen. Wo der „Deutsche Verein“ mit harter Hand Vorgehen wollte, wollten Schmidt und der „Friedensverein“ vorsichtig verfahren, in der Erkenntnis, daß man hiermit den deutschen nationalen Interessen am besten diene. Schmidt wurde in dieser Verbindung von dem Gedanken des österreichischen Sozialdemokraten Karl Renners beeinflusst, daß das Nationalitätsproblem dadurch gelöst werden könne, daß man jeder Nationalität kulturelle Selbstverwaltung gäbe. Hierbei empfand Schmidt die dänische Bewegung als ein ernstzunehmendes kulturelles Problem. Der nationale Konflikt konnte dadurch gelöst werden, daß man den Dänischgesinnten in Nordschleswig kulturelle Freiheiten einräumte, aber nur unter der

Bedingung, daß sie sich damit abfanden, unter deutscher Herrschaft zu leben. An dem letzteren konnte nicht gerüttelt werden. Auf diese Weise wollte Schmidt eine nationale Entspannung in Nordschleswig erreichen und gleichzeitig die innere Stärkung des Deutschen Reiches sichern.

Deutschlands Niederlage im 1. Weltkrieg führte zu einer Annäherung zwischen Schmidt und seinen alten Gegnern im deutschen Lager. Um eine Spaltung der deutschen Kräfte in Nordschleswig zu vermeiden, nahm er jetzt von einer Weiterführung des „Friedensvereins“ Abstand und legte sein Amt als Vorsitzender nieder. Stattdessen nahm er aktiv am Kampf des „Deutschen Ausschusses“ teil, um eine Grenzverlegung zu verhindern oder doch die territorialen Verluste auf ein Minimum zu beschränken.

Zu dieser Zeit wurde seine Wandlung vom Pastor zum Politiker vollzogen. Er selbst gab sein Pastorenamt auf, als er am 25. Januar 1920 in einem Abschiedsbrief an die Gemeinde in Wodder schrieb: „Ich gehe nach Tondern, um von dort aus an dem Aufbau meines Volkes tätig zu sein, genauso wie Ihr immer für das Eurige gearbeitet habt.“ Als Erinnerung an diese Phase seines Lebens nahm er den Beinamen „Wodder“ an. Als ein halbes Jahr später der größte Teil der Beamten im gehobenen Dienst den Landesteil verlassen hatte, war Schmidt dank seiner bisherigen Tätigkeit für den Posten als Leiter der deutschen Volksgruppe wie geschaffen. Diese Stellung hatte er inne, bis die Nachricht von Hitlers Machtübernahme sich 13 Jahre später wie ein Lauffeuer ausbreitete und seine Stellung unsicher machte.

Seine Machtstellung festigte Pastor Schmidt, als er am 4. Mai 1920 zum Vorsitzenden des neu gegründeten „Deutschen Schulvereins Nordschleswig“ gewählt wurde. Es lag in der Natur der Sache, daß Schmidt sich in den darauffolgenden Monaten immer mehr für die politische Arbeit der Volksgruppe interessierte. Am 20. Juli 1920 wurde er bei einer Versammlung in Tingleff zum Vorsitzenden des „Schleswigschen Wählervereins“ gewählt. Die-

se Wahl zum Vorsitzenden, die einen Monat später bestätigt wurde, war für Schmidt das Sprungbrett für eine politische Karriere. Ihm wurde der erste Platz auf der Kandidatenliste der „Schleswigschen Partei“ zur bevorstehenden Wahl zum Folketing zugeteilt. Im gleichen Jahr, am 21. September, wurde, er mit 3636 Stimmen, zirka die Hälfte der abgegebenen deutschen Stimmen, in das Folketing gewählt. Hiermit war Schmidt im Laufe weniger Monate innerhalb der Volksgruppe an die Spitze gekommen. Die neue Würde als Mitglied des Folketings, die Schmidt 19 Jahre innehatte, trug in der Zeit zwischen 1920 und 1932 mehr als alles andere dazu bei, seine Position innerhalb der Minderheit zu stärken. Er argumentierte damit, daß es unklug sei, das Mandat im Folketing und die politische Leitung auf mehrere Personen zu verteilen. Damit sicherte er sich den Vorsitz im „Wählerverein“. Die Kombination dieser beiden Aufgaben bewahrte Schmidts entscheidenden Einfluß auf die Politik der Volksgruppe. Außer dem Vorsitz im „Schulverein“ bekleidete er auch noch den Vorsitz im dritten Spitzenverband, dem „Jugendverband“. Die drei Verbände, „Jugendverband“, „Schulverein“ und „Wählerverein“, schlossen sich 1921 in einen Spitzenverband „Deutsche Gesamtverbände“ zusammen, wo Schmidt Vorsitzender des Geschäftsausschusses wurde. Hiermit hatte er in der Tat die volle Kontrolle über alle wichtigen Entscheidungen der Minderheit.

Dem Spitzenverband wurde von Anfang an die Rolle zugeteilt, die Zügel auch im wirtschaftlichen Bereich zu übernehmen. Er bekam die Aufgabe, ein Gesamtbudget zu erarbeiten und die Gelder, die nicht zweckgebunden waren, an die verschiedenen Verbände zu verteilen. Hierdurch spielte der Verband für die Volksgruppe keine entscheidende Rolle und führte ein ziemlich kümmerliches Dasein. Die jährliche Mitgliederversammlung „Deutscher Tag“, wo Deutschgesinnte sich treffen und diskutieren, ist ein Ausläufer dieses „Gesamtverbandes“. Bei diesen Treffen legte Pastor Schmidt Rechenschaft über das vergangene Jahr ab und berich-

tete über die künftige Politik der Volksgruppe.

Die vielen Ehrenämter Pastor Schmidts gaben Anlaß zur Kritik. Man war der Meinung, daß er sich nicht genügend um den „Schulverein“ kümmern könne. Im Jahre 1923 wurde er als Vorsitzender von W. Koopmann abgelöst. Pastor Schmidts politisches Sprachrohr war bis 1929 die von ihm gegründete „Neue Tondernsche Zeitung“. Im Jahre 1929 wurde die deutsche „Einheitszeitung“, die „Nordschleswigsche Zeitung“ gegründet.

Daß Schmidt in der Weimarer Zeit sein politisches Hinterland beherrschte, war ein wesentlicher Faktor seiner leitenden Position innerhalb der Volksgruppe. Er pflegte nahen Kontakt zu den nationalen Grenzverbänden und herausragenden Persönlichkeiten in Schleswig-Holstein und konnte von dort mit Rückendeckung rechnen. Er sei der Meinung, daß seine besten Helfer in Schleswig-Holstein saßen, schrieb er 1925, als unruhige Kräfte in Hadersleben wieder einmal gegen seine Grenzpolitik waren. In diesen Situationen vermochten der Vorsitzende des „Schleswig-Holsteiner-Bundes“ oder Ernst Schröder in Flensburg, ihren Einfluß geltend zu machen, um Schmidt einen gewissen Spielraum zu sichern. Die gleiche Hilfe wurde ihm von zentralen reichsdeutschen Verbänden und Behörden-wie z.B. dem Auswärtigen Amt - zuteil. Die Bedeutung dieser Hilfe zeigte sich deutlich 1933, als besonders die regionalen nationalsozialistischen Führer in Schleswig-Holstein ihm den Rücken kehrten und an seinem Sturz mitschuldig wurden.

Es war ein unglaublich fleißiger Mann, der 1920 Vorsitzender der Volksgruppe wurde. Die hinterlassenen Tagebücher geben darüber Aufschluß, daß er in den zwanziger und dreißiger Jahren immer auf Achse war. Entweder hielt er Reden, oder er nahm an Versammlungen, Kongressen und ähnlichem teil. Wenn dann auch noch eine Wahl zum Folketing bevorstand, hatte er überaus viel zu tun.

Das war z. B. im März 1924 der Fall. Hier zeugen seine vielen

Aufzeichnungen von einer regen Aktivität. Am 1. März kehrte er aus Kopenhagen zurück. In den darauffolgenden Tagen führte er Gespräche in Hamburg und Rendsburg und nahm am 7. März an einer Versammlung des „Wählervereins“ in Tondern teil. Am 11. März fuhr Schmidt wieder nach Kopenhagen, aber drei Tage später notierte er, daß er in Rendsburg eine Predigt gehalten habe. Am darauffolgenden Tag kehrte er zurück und nahm an einem Treffen des „Wählervereins“ in Tingleff teil. Hierauf ging es Schlag auf Schlag. Am 16. hielt er im „Viktoriabad“ eine Rede, am 17. in Rodding und am 18. in Sommersted. In dergleichen Nacht fuhr er nach Kopenhagen. Am 21. hielt er eine Rede im Folketing, am nächsten Tag in Pinneberg, am darauffolgenden Tag in der Aula der Universität in Kiel und am Abend in Elmshorn. Am 25. war er bei einer Versammlung der Aktionäre der „Neuen Tondernschen Zeitung“ in Tondern und hielt abends in Hoyer eine Wahlrede. In den letzten Tagen dieses Monats hielt er täglich Wahlreden an verschiedenen Orten in Nordschleswig und nahm darüber hinaus auch noch an anderen Versammlungen teil.

Als die Wahl am 11. April überstanden war, konnte Schmidt sich darüber freuen, daß die Zahl seiner persönlichen Stimmen um 300 auf 3 932 gestiegen war. Für die „Schleswigsche Partei“ im ganzen gesehen war der Stimmenzuwachs etwas bescheidener. Der Anstieg beschränkte sich auf zirka 200 Stimmen.

Außer den vielen Versammlungen und Reden zeugen auch Tausende von Briefen, die Schmidt in diesen Jahren schrieb, von seiner großen Arbeitsfähigkeit. Er unterhielt regen Kontakt mit einer Menge von Leuten, sowohl in Nordschleswig, der Provinz Schleswig-Holstein und dem übrigen Deutschland, als auch mit den Auslandsdeutschen in anderen Grenzgebieten. Er war somit gut darüber informiert, was sich hinter den Kulissen der nationalpolitischen Bühne rührte und konnte von vielen Seiten Hilfe in Anspruch nehmen.

Die Briefe vermitteln einen Eindruck davon, daß viele Fäden in

seiner Hand zusammenliefen - und daß er selbst der Meinung war, daß es sich so verhielt. Das war z. B. der Fall, wenn er dem Auswärtigen Amt in Berlin Ratschläge gab, wie man die deutsche Außenpolitik den Dänen gegenüber zu führen hatte. Die Briefe sind ferner der Schlüssel zum besseren Verständnis seiner Programmpunkte, z. B. die Grenzrevision, der Wunsch einer kulturellen Selbstverwaltung der deutschen Volksgruppe und eine Annäherung Deutschlands an den Norden. Sie geben gleichzeitig einen Eindruck davon, wie sich Pastor Schmidt selbst in der Rolle des Vorsitzenden sah, und von der konservativen Grundhaltung, die seine Politik bestimmte. Diese Seiten des Vorsitzenden der deutschen Minderheit sollen hier in den Mittelpunkt gerückt werden.

Als Pastor Schmidt im Sommer des Jahres 1920 die Leitung der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig übernahm, war er 51 Jahre alt. Er war ein Mann in den besten Jahren und seine politische Haltung war klar. Im wilhelminischen Deutschland gab es mehrere Parteien, von den Sozialdemokraten bis hin zu den Konservativen, die auch im Landtag und Reichstag vertreten waren. Die „nichtparlamentarische Verfassung“ bewirkte indes- sen, daß die Macht in den Händen des Kaisers lag und damit bei der von ihm eingesetzten Regierung. Es war diese autoritäre, konservative Regierungsform, die Pastor Schmidt in den Jahren vor 1918 vertrat. Auf seine damalige politische Anschauung hatte u. a. der „Verein deutscher Studenten“ großen Einfluß. Die deutsche Revolution 1919 und die Ausrufung der Weimarer Republik konnten an seiner Grundhaltung nicht rütteln. Im Gegenteil, er zeigte im März 1920 sehr viel Sympathie für den konservativ inspirierten Putsch des deutschen Beamten Wolfgang Kapp. Schmidt war der Auffassung, daß hier endlich ein Mann war, der Ordnung schaffen wollte und bezeichnete sich später ohne Scham als „Kapp-Putschmann“. Der Putsch scheiterte nach wenigen Tagen, aber Pastor Schmidts Wunsch nach einer konser-

vativen Revolution war ungebrochen.

Vor diesem Hintergrund wundert es sicher niemanden, daß der neue Vorsitzende der Volksgruppe keine hohe Meinung von der parlamentarischen Demokratie hatte, die zu der Zeit in Deutschland und Dänemark herrschte. Das brachte er bei verschiedenen Anlässen zum Ausdruck. Schon im Wahlkampf im September 1920 schrieb er in der „Neuen Tondernschen Zeitung“, daß der Parteienkampf für die Volksgemeinschaft verheerende Folgen habe, und daß er Einheit und Einigkeit anstrebe. Er machte keinen Hehl daraus, daß er in seine Tätigkeit als Folketingsmann und den damit verbundenen Arbeitsplatz in Kopenhagen kein Vertrauen hatte. In einem 1924 signierten offenen Brief an den schwedischen Erzbischof Sönderblom fragte er, welche Bedeutung ein Parlamentarier habe in einer Zeit, wo es allgemein bekannt sei, daß die Parlamente aller Welt ungeeignet seien, ihre Länder zu regieren.

Diese Haltung vertrat er auch bei einer Jahresversammlung des „Wählervereins“ 1926 in Apenrade. Hier sagte er kurz und knapp: „Ich bin kein Freund des Parlamentarismus, sondern ein Freund der Volksvertretung.“ Dementsprechend nahm Schmidt 1930 in der „Nordschleswigschen Zeitung“ vom Liberalismus Abstand, der den Einzelnen und nicht die Gemeinschaft verkörpere. Was Pastor Schmidt mit den Worten „Volksvertretung“ und „Volksgemeinschaft“ meinte, und was er an die Stelle der existierenden demokratischen Regierung setzen wollte, beschrieb er in einem Brief, datiert vom Dezember 1928, an Rudolf Böhmer in Berlin. Schmidt hatte voller Begeisterung dessen Buch „Das Erbe der Enterbten“ gelesen. In diesem Buch hatte Böhmer die Linie abgesteckt, wie auch Schmidt sich die Entwicklung des deutschen Volkes vorstellte, und es schien ihm gleichzeitig gelungen zu sein, die marxistische Utopie zu überwinden. Von Böhmer angeregt, reiften in Schmidt die Gedanken, wie sich sein großes Ziel, das deutsche Volk zu vereinen, erreichen ließe. Da Schmidt in einem Brief

unter anderem eine gute Beschreibung seiner Auffassung vom Staat gibt, wird dieser Abschnitt als Ganzes zitiert.

In seiner Einleitung schrieb er, daß die Politiker in Deutschland außerstande seien, das deutsche Volk zu vereinen, „...die Zeit, wo ein junges, vielleicht noch nicht genügend ausgereiftes, aber zu Opfern bereites Geschlecht an die Führung kommt bzw. sie an sich reißen wird, scheint mir bedeutend näher zu rücken. Sie haben gewiß von der Bauernbewegung in Schleswig-Holstein gehört, die schon allerhand Unbesonnenheiten auf ihrem Konto hat, aber sie handelt aus einem richtigen Gefühl heraus, und wenn man jetzt daran geht, Bauernwehre der Jungen von 17- 32 Jahren zu organisieren, ähnlich wie die Heimwehren in Österreich und bewußt die Fühlung mit den Nationalsozialisten, Stahlhelm und wohl auch Jungdeutscher Orden sucht, dann könnte ich mir denken, daß hier eine Kräftesammlung begonnen hat, die wirklich eine Wende bedeuten kann. Voraussetzung dafür wird aber sein, daß sie einige überlegene Köpfe haben, die ihnen Ziel und Marschrichtung angeben können.

Ich habe schon ein paarmal Gelegenheit gehabt, diese Kreise mit Ihrem Buch in Verbindung zu bringen. Meinen Sie nicht selbst, daß Ihnen da eine große Aufgabe entsteht? Kennen Sie bessere Truppen in Deutschland, die für Sie in Frage kämen? Ich unterstreiche noch einmal, daß ich weder die neu entstandenen Bauern wehren, noch Stahlhelm, noch Nationalsozialisten für die geeigneten politischen Führer halte; aber ein Führer kann sich vielleicht kein besseres Heer denken als solche Leute.“

Auf dieser Grundlage diskutieren Schmidt und Böhmer in den darauffolgenden Briefen Vorteile und Nachteile von Lenkungsformen wie z. B. Volksstaat, Diktatur, Monarchie und Wahlkönigtum. Daß Schmidt sich mit den beiden erstgenannten Bewegungen identifizierte, verhehlte er nicht. Im Hinblick auf die obengenannten politischen Bewegungen schrieb Schmidt: „Was früher ein Beamtenheer in straffster Disziplin schaffte, das schafft heute

nur der Wille vieler Freiwilliger, die Führerqualität genug haben, um, wenn erst Führung im ganzen ist, rufen können zu ihrer Schar: 'Alles hört auf mein Kommando'."

Böhmer tat offenbar nicht genug, diese hochgesteckten Ziele zu erreichen. Im Juli 1929 fragte ihn Schmidt ungeduldig, wie es sich mit seinen Kontakten zum Stahlhelm, den Nationalsozialisten und dem „Bund Oberland“ verhalte. Der „Jungdeutsche Orden“ schien hingegen nicht mehr interessant, da laut Schmidt Gerüchte in Umlauf waren, daß dieser Verein sich der Linken angeschlossen hatte. Diese Fragen blieben offen. Der Briefwechsel zwischen den beiden ebte anscheinend ab. Es dauerte hingegen nur ein paar Jahre, bis eine der genannten „Bewegungen“ in der Gestalt des Nationalsozialismus die Macht in Deutschland erobert hatte. Das hatte für Schmidt einen unerwarteten Effekt, da der Nationalsozialismus seine Führungsrolle in Nordschleswig ernsthaft bedrohte.

Wie aus seinen Briefen an Böhmer hervorgeht, basierte Schmidts „Zukunftsstaat“ in diesen Jahren auf einer Verbindung der rechtsorientierten Bewegungen. Diese Bewegungen sollten nicht nur die längst verschwundene konservative Ordnung in Deutschland wiederherstellen, sondern auch zur Einigung des deutschen Volkes beitragen. Für eine Demokratie im Sinne der Weimarer Republik war kein Platz. Eine solche Demokratie rufe nur Chaos hervor. Stattdessen spielten Begriffe wie „Führer“ und „Gefolgschaft“ eine wesentliche Rolle für Schmidt. Diese Begriffe beeinflussten auch seine eigene Rolle als die führende Persönlichkeit der Minderheit. Schmidt als Nazi zu bezeichnen wäre jedoch falsch. Mit dieser Auffassung unterschied er sich nicht wesentlich von anderen konservativen Kräften in Deutschland - oder Dänemark, die entweder glaubten, den Nationalsozialismus vor den eigenen Wagen spannen zu können, oder die den Idealen des Nationalsozialismus, wie Ordnung und Einheit, sehr viel Sympathie entgegenbrachten. Schmidt bekam später Gelegenheit ge-

nug zu zeigen, daß es Seiten an der Hitlerbewegung gab, die er nicht billigte.

In seinem ersten Brief an Böhmer von Dezember 1928 hatte Schmidt die „Bauernbewegung“ in Schleswig-Holstein, die eine Folge der Landwirtschaftskrise in Deutschland war, sehr stark hervorgehoben. Trotz der „Unbesonnenheit“, wie Schmidt die gewalttätigen Demonstrationen nannte, konnte er seine Sympathie für diese Landvolkbewegung nicht verhehlen. Das war kein Zufall. Die Bauern waren laut Schmidt die Bevölkerungsgruppe, die das wirtschaftliche Fundament ausmachte, und mit denen er sich identifizierte. Er legte Wert darauf, „...daß Sie in meinem Bild nicht die Bauernlinie vergessen, die durch mein Leben, Denken und Empfinden geht“. So schrieb er 1927 dem Historiker Karl Alnor.

Der Bauer der Vergangenheit, als freier Mann mit eigenem Grund und Boden, war sein großes Vorbild. Dagegen waren für Schmidt die Industrialisierung und - resultierend daraus - die ständig wachsenden Städte ein Übel, da die Menschen dadurch den Kontakt zur Natur verlören, die ihm heilig war. Er war der Meinung, daß der Kontakt zur Natur wiederhergestellt werden könnte, wenn den Arbeitern ein kleines Stück Land zur Verfügung gestellt würde, auf dem sie einen Teil ihrer Nahrungsmittel (Obst und Gemüse) anbauen konnten. Hiermit könnte auch ein soziales Problem gelöst werden. Diese Grundhaltung erklärte, warum Schmidt soviel Wert auf die Landwirtschaft und den Bauern legte, und führte 1932 dazu, daß Assessor Rudolf Stehr an Schmidt Kritik übte. Stehr war der Meinung, daß Schmidts Politik den Appell der Schleswigschen Partei an andere Gruppen der Gesellschaft überschattete.

Die hier geschilderte „völkische“ Bauernromantik und Heimatideologie Schmidts unterschied ihn von anderen herausragenden Persönlichkeiten innerhalb der Minderheit, wie z. B. dem Redakteur Julius Kahler und dem Reeder Jebesen, die beide eine klare

national-konservative Einstellung hatten. Dagegen ahnt man bei Schmidt eine nahe Verbindung zu den politischen Strömungen, die sich in den rechtsradikalen Kreisen in Schleswig-Holstein geltend machten.

Angesichts dieses Hintergrundes wundert es keinen, daß Schmidt den Klassenkampf, der im Kielwasser der Industrialisierung folgte, als großes Unglück ansah. Dem verlieh er u. a. bei der Haushaltsdebatte im Folketing im Oktober 1926 Ausdruck. Hier äußerte er die Hoffnung, daß es gelingen möge, „.. das unglückselige Erbe aus der Zeit, als die Industrie in den europäischen Ländern an die Macht kam, zu überwinden. Jetzt standen sich Arbeitgeber auf der einen und Arbeitnehmer auf der anderen Seite gegenüber und bekämpften sich, anstatt gemeinsam für die Erhaltung der Fabriken zu sorgen, die für sie die Grundlage eines besseren Lebens wären.

Pastor Schmidts Auffassung von Staat und Gesellschaft prägte seine Ansicht, wie die deutsche Volksgruppe zu führen sei. Der Ausgangspunkt war hier, wie er im Jahre 1923 an den deutschen Reichskanzler Gustav Stresemann schrieb, daß die „Gefolgschaft“ selten das ferngesteckte Ziel sähe. Entweder zeigte sie ihre Skepsis oder sie stellte Forderungen. Schmidt war daher außerordentlich damit zufrieden, daß die Leitung der Volksgruppe nicht auf der Grundlage einer breiten Demokratie aufgebaut war, sondern aus den Vorsitzenden der verschiedenen Verbände, die wiederum dem „Gesamtverband“ angehörten.

Im Gegensatz zu Pastor Schmidt sollte diese „Spitze“ aber auch keinen zu großen Einfluß haben. Das galt vor allem für den „Wählerverein“. Vielsagend ist ein Brief von Schmidt an Ernst Schröder im Jahre 1930. Schmidt schrieb u. a. in diesem Brief:

„Dann darf ich noch einmal darauf zurückkommen, was ich Ihnen gestern zum Schluß nur flüchtig sagen konnte, daß ich den allergrößten Wert darauf lege, daß die Zukunftsziele, die ich mit Ihnen besprach, nicht in so einem urteilsunfähigen und in seinen An-

schauungen über diese Dinge so gespaltenen Kollegium vorgelegt werden, wie es der Vorstand des Wählervereins ist. Große Politik kann man mit solch einem Kollegium in keiner Weise machen; die muß man allein machen in Verbindung mit einigen wenigen Menschen, die für solche Dinge reif und weitschauend genug sind.“

Pastor Schmidt sah keinen Vorteil darin, in einem breiten Kreis Verhandlungen über die politischen Zielsetzungen zu führen. Das brachte er auch in einem Brief an Georg Vogelgesang im Jahre 1926 zum Ausdruck. Hier schrieb er kurz und bündig: „Ich glaube einfach nicht daran, daß in Verhandlung und Besprechung etwas Brauchbares zustande kommt, wenn es nicht vorher in den wichtigsten Teilen fertig und richtig war. Durch Besprechung oder Verhandlung kann das eine oder andere verbessert oder wirksamer gemacht werden, aber noch viel leichter verschlechtert werden.“

Als Schmidt daher im Jahr davor gebeten wurde, in einem Fragebogen den organisatorischen Aufbau der Volksgruppe zu beschreiben, schrieb er, daß es mit seinem Amt als Politiker nicht weit her wäre, wenn er nicht allein imstande sei, die Richtlinien der Volksgruppe zu bestimmen. „Die Leitung muß regieren, die Organisation muß verwalten“. Gleichzeitig fügte er hinzu: „Wir sind hier durchaus für möglichst starke Macht der Leitung in allen entscheidenden Dingen.“ Mit dem Vorstand meinte er in erster Linie sich selbst.

Es ging aber nicht alles so glatt, wie Pastor Schmidt es sich wünschte. In der Praxis wurde er oft dazu gezwungen, die Hilfe anderer Gruppen, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Volksgruppe, in Anspruch zu nehmen, um seine Politik durchführen zu können. Hier zog er dann hin und wieder den Kürzeren. Mit der Führungsform, die er vertrat, und den Problemen, denen er und die Volksgruppe gegenüberstanden, war es unumgänglich, daß zwischendurch auch Kritik an ihm und seiner Person

geübt wurde. Obwohl die Volksgruppe von außen betrachtet als ein einiger Block, mit Pastor Schmidt an der Spitze, auftrat, befanden sich sowohl oppositionelle Gruppen als auch Einzelpersonen in ihrem Kreis, die ihren Einfluß geltend und dem Pastor das Leben „sauer“ machten. Dennoch war es erst im Jahre 1933, als die nationalsozialistische Bewegung auch in Nordschleswig spürbar wurde, daß seine Rolle als Leiter der Minderheit ernstlich bedroht wurde.

Redakteur Ernst Christiansen

Wegweiser und Gestalter der dänischen Minderheit

von JOHAN PETER NOACK*

I.

Vor fast genau 50 Jahren starb der 63 jährige Ernst Christiansen. 34 Jahre lang hat er die dänische Zeitung Flensburg Avis geleitet. Seit 1918 war er der Führer der dänisch-südschleswigschen Minderheit, wenn nicht immer formal, so doch tatsächlich. Den von den schleswig-holsteinischen Nationalsozialisten erzwungenen Rücktritt von der Schriftleitung und den kurz darauf folgenden Tod seiner Frau hat er nur um ein knappes Jahr überlebt. Dem südschleswigschen Dänentum hat Ernst Christiansen sein eigenes Gepräge gegeben. Der zutiefst politischen Natur seiner Position entsprachen wichtige Züge seines Charakters nur unvollkommen. Zwar hat er ein bemerkenswertes Durchsetzungsvermögen demonstriert, als er lange Jahre zäh um die Erhaltung einer dänischen politischen Bewegung in Südschleswig rang. Auf der anderen Seite aber fehlte ihm die für einen Politiker übliche Kompromißbereitschaft, von einem evt. zweckdienlichen Opportunismus ganz zu schweigen. Es lebten in ihm die Neigungen eines Dichters, die er nicht zu verwirklichen vermochte. Stattdessen mußte er sich auf die Rolle eines nationalpolitischen Führers beschränken.

* Vortrag in der Hermann-Ehlers-Akademie, Kiel am 23. Mai 1991. - Der dänische Historiker und Politologe Johan Peter Noack würdigt Ernst Christiansen auch in seinem Werk, *Det danske mindretal i Sydslesvig 1920-1945*, 2 Bde, Aabenraa 1989. Siehe dazu die kritischen Anmerkungen des deutschen Historikers Thomas Steensen vom Nordfriesischen Institut: GFH 1/1991, S. 53—59. *Die Redaktion.*

In der Person Ernst Christiansens verkörperte sich eine Mentalität, die nicht nur von den heutigen westeuropäischen Denkmustern weit entfernt ist, sondern auch von den zeitgenössischen Hauptströmungen in Dänemark zusehends abwichen. Obwohl er sich nicht nur als Verteidigereines äußersten dänischen Vorpostens, sondern auch der Seele der dänischen Nation verstand, war er eigentlich kein typischer Däne, wenn es einen solchen überhaupt jemals gegeben hat. In meiner historischen Arbeit ist mir die Persönlichkeit Ernst Christiansens wie aus einem weit entfernten Zeitalter begegnet. Gleichwie über Jahrhunderte hinweg ringt er mir in gewisser Weise Bewunderung ab, und zwar wegen seines Mutes, seines Beharrungsvermögens, seiner Art und Weise, bittere Enttäuschungen zu verkräften, und nicht zuletzt wegen der Treue und Verbundenheit, die ihm seine Freunde in Wort und Tat immer bekundeten. Dies alles zeugt von einem unmenschlichen Format, das auch hier hervorzuheben ist. Andere vermißten in ihm Kontaktvermögen im Verhältnis zu den einfachen Menschen. Dazu fällt es auf, daß es ihm an Humor fehlte, und wohl auch an der schwierigen Kunst der rechtzeitigen Resignation.

II.

Frühzeitig mußte Ernst Christiansen die Verantwortung für Flensburg Avis übernehmen. In einer dänisch gesinnten kleinen Beamtenfamilie aufgewachsen, die von dem ländlichen Nordschleswig nach Flensburg umzog, hatte er die deutsche Volksschule besuchen müssen. Von seiner deutschen Umgebung isoliert, hatte er auf eigene Faust seine Ertüchtigung in der dänischen Sprache betrieben, bevor er als ganz junger Mensch zu Flensburg Avis als Journalistenlehrling geholt wurde. Aufmerksam auf ihn hatte paradoxerweise der Kopenhagener Studienrat H.V. Clausen gemacht, der später genau die Grenzlinie vorschlagen sollte, gegen die Ernst Christiansen den wichtigsten Kampf seines Lebens zu kämpfen hatte.

Von dem alten Redakteur und späteren Reichstagsabgeordneten Jens Jessen wurde er mit strenger Sorgfalt ausgebildet. Gleich nach dessen Tod 1906 wurde ihm die Schriftleitung anvertraut. Er war damals 29 Jahre alt.

Jens Jessen gehörte zu den hervorragendsten dänischen Journalisten seinerzeit. In seinen polemischen Artikeln klingen heute noch scharfe, modern anmutende Töne. Er war in seiner Ironie bissig. Durch seinen grimmigen Spott konnte er auch Teile seiner selbst erlösen. Obwohl Ernst Christiansen sein journalistisches Handwerk von ihm lernte, eignete er sich nicht dessen bissige Kunst an. Sein Stil blieb merkwürdigerweise ornamenthafter, altmodischer, rückwärtsschauender.

Von Jens Jessen übernahm er aber die Auffassung davon, welche erhabene Rolle ein Redakteur in der Politik zu spielen habe. Als Beherrscher des sprachlichen Universums der Politik, gebühre es ihm auch, die politische Führung auszuüben. Diese Ansicht stammte aus der Zeit des älteren Liberalismus, war aber damals schon durch das Aufkommen des organisierten Parteiwesens überholt. So hatte Jessen einen harten Kampf auszutragen, ehe er sich gegenüber dem Organisator der dänischen Bewegung im nördlichen Schleswig, Hans Peter Hanssen, durchsetzte. Als Hanssen ab 1906 Jessens Sitz im deutschen Reichstag übernahm, wurde somit Ernst Christiansen die eigentlich vorgegebene politische Führung des Redakteurs vorenthalten. Dadurch verschärfte sich natürlich der Gegensatz zwischen den beiden, die auch aus den unterschiedlichen grenzpolitischen Ansichten erwachsen war.

III.

In dem Streit um die Grenzziehung 1918-1920 entlud sich dieser Antagonismus innerhalb des schleswigschen Dänentums mit einer Sprengkraft, deren Wirkung noch Jahrzehnte später zu

spüren war. Ernst Christiansen spielte in diesen schrillen Auseinandersetzungen eine zentrale Rolle. Als er nach der herbeigesehnten deutschen Niederlage aus dem Kriegsdienst nach Flensburg zurückkehrte, begann sein Kampf gegen den kurz vorher mühsam ausgehandelten grenzpolitischen Kompromiß, der später von der dänischen Regierung angenommen wurde und dann auch die Grundlage der entsprechenden Artikel im Vertrag von Versailles bildete. Mit seiner ganzen Kraft stemmte Christiansen sich dagegen. Dabei hat er nicht nur viele führende politische Persönlichkeiten in Dänemark angefeindet, sondern auch frühere politische Freunde abgestoßen.

In diesem entscheidenden Kampf seines Lebens hat er im Grunde genommen die Prinzipien der operationellen Demokratie verworfen. In seiner Enttäuschung über die Ausklammerung Flensburgs aus der Zone der En-Bloc-Abstimmung schloß er ein Bündnis mit nationalkonservativen Außenseitern in Kopenhagen, die zielstrebig nach einer Grenze am Dannewerk trachteten. Dabei legte er zum erstenmal die Flensburger Dänen auf ein so weitgefaßtes Programm fest. Er und seine Verbündeten gingen davon aus, daß dieses Ziel am ehesten zu erreichen sei, wenn die westlichen Siegermächte sich überhaupt gegen die Verwirklichung der geplanten Volksabstimmung entscheiden würden. Ihre Strategie basierte somit auf der Voraussetzung eines alliierten Diktats.

An dieser Strategie hielten Ernst Christiansen und seine Verbündeten bis zum bitteren Ende fest. Als die Alliierten sich für eine plebiszitäre Entscheidung entschlossen hatten, wandte sich die Stoßrichtung von Paris nach Kopenhagen. Nunmehr ging es darum, die von den Sozialdemokraten unterstützte radikale Regierung in Dänemark zu stürzen. Dadurch sollten bürgerliche Kräfte an die Macht gebracht werden, die bereit waren, auf jeden Fall auch die Stadt Flensburg Dänemark einzuverleiben. Als Mittel zum Zweck mußte aber zunächst Hans Peter Hanssen der

überwiegende Rückhalt entzogen werden, den dieser unter den dänischen Nordschleswigern hatte. Da Hanssen in das radikale Kabinett eingetreten war, konnten die Verbündeten sich dadurch auch eine politische Wende in Kopenhagen erhoffen. Als trotzdem alles mißglückte, blieb im März 1920 nur ein Staatsstreich übrig. Merkwürdigerweise hat der etwas ungeschickt lavierende Ministerpräsident dem König eine Gelegenheit geboten, diesen durchzuführen. Aus den daraus folgenden politischen Wirren ergab sich zwar die lang herbeigesehnte bürgerliche Regierung; bald stellte sich aber heraus, daß dieses Kabinett es tatsächlich dennoch nicht wagte, die Forderung nach einer Internationalisierung der Stadt Flensburg zu unterstützen. Somit konnte die Friedenskonferenz im Mai 1920 ohne weiteres eine Entscheidung auf der Grundlage der Volksabstimmung treffen.

Ernst Christiansen hatte alles auf eine politische Karte gesetzt - und verloren. Die Nachricht von der endgültigen Konferenzentscheidung traf ihn wie ein Schlag. Er hielt sich damals in Paris auf. Ein Freund hat seine Reaktion geschildert: „Ernst Christiansen warf sich auf einen Diwan hin, bohrte seinen Kopf in ein Kissen und wurde wie vom Fieber geschüttelt. Als er sich wieder erhob, sagte er mit zitternder Stimme; Wir müssen weg von Flensburg, alle zusammen, auch Flensburg Avis.“

IV.

Trotzdem verblieb Flensburg Avis in der Stadt. Zu dem Redakteur und Agitator in der Person Ernst Christiansens gesellte sich nunmehr auch der unermüdliche Organisator. 1920 gründete er die Hauptorganisation der dänischen Minderheit, den Schleswigschen Verein. Zusammen mit seinen Verbündeten in Kopenhagen schuf er außerdem den dänischen Grenzverein, der die Gewähr dafür bieten sollte, daß die notwendigen finanziellen Mittel nach Südschleswig fließen würden. Mit dem Ministerpräsidenten führte er selber die Verhandlungen, um die staatliche

Förderung in die Wege zu leiten. Er war es, der die feierlichen Reden hielt, wenn sich die dänisch gesinnten Südschleswiger zum Jahrestreffen sammelten. Als in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre die Zahl der Mitglieder bedrohlich schrumpfte, blies er den Organisationen neuen Atem ein. Und während der düsteren Nazi-Zeit gab er mit seiner noch lebendigen Unbezwinglichkeit ein mutiges Vorbild.

Hinter diesem unermüdlichen Einsatz lag eine einfache Konzeption. Wenn es gelingen sollte, nach vielleicht vielen Jahren, in der Grenzfrage doch eine neue Entscheidung herbeizuführen, wäre das Dänentum Südschleswigs nicht nur als kulturelle Formation zu gestalten, sondern auch als politische Bewegung weiterzuführen, die 1918-1920 geboren worden war. Nur so ließe sich allmählich die Werbung für eine Mehrheit gewährleisten. Grundsätzlich ist diese Konzeption Ernst Christiansens an der einfachen Tatsache gescheitert, daß die meisten Südschleswiger zu tief in der deutschen Gesellschaft verwurzelt waren. Aber es gelang ihm auch nicht, die notwendigen Instrumente dafür aufzubauen, denn bei seinen Bestrebungen stieß er auf hartnäckige Widerstände, zunächst in Dänemark und später auch in Südschleswig.

Die bürgerliche Regierung in Dänemark wagte es 1920 nicht, Ernst Christiansen die staatlichen Mittel für Südschleswig anzuvertrauen. Statt sie durch den Grenzverein und den Schleswigschen Verein zu kanalisieren, ließ der Ministerpräsident sie durch einen staatlichen Kontrollausschuß an den dänischen Schulverein leiten. Damit entglitt dem Redakteur die einheitliche Führung, die es seither für die dänische Minderheit auch nie mehr gegeben hat.

Die Zurückhaltung der Bürgerlichen diente dem Zweck, eine spätere sozialdemokratische oder radikale Regierung an die Weiterführung der Zuwendungen für Südschleswig zu binden. Dies ist auch gelungen. Diese Feststellung darf aber nicht den

Blick dafür trüben, daß die beiden linksstehenden Parteien während der zwanziger Jahre mehrmals versuchten, Ernst Christiansen zum Rückzug zu zwingen. Dies geschah durch einen gezielten Druck auf den Grenzverein, der nicht ohne Genehmigung Spenden sammeln durfte. Im Frühjahr 1923 mußte der Grenzverein die Zuschüsse einstellen, die in der Inflationszeit den deutschsprachigen dänischen Zeitungen zu einer erheblichen Verbreitung verholfen hatten. Allmählich paßte sich die nationalkonservative Leitung der wachsenden Stärke der Linken an. 1930 wurden Vertreter der beiden Parteien in den Hauptvorstand des Grenzvereins aufgenommen. Dafür wurde von seiten des Grenzvereins auch die Hoffnung auf eine künftige neue Grenzentscheidung öffentlich aufgegeben, was auch Ernst Christiansen wiederholen mußte. Diese Anpassung zahlte sich wenig später aus. Als die Entwicklung der Devisenkurse ab Herbst 1931 die finanzielle Lage drastisch verschlechterte, gewährte der sozialdemokratische Ministerpräsident Flensburg Avis dennoch einen staatlichen Zuschuß. Eine tiefgeltende Umstellung mit dauernder Unterstützung wies er allerdings von der Hand. Jedes Jahr mußte Ernst Christiansen sich demütigen und einen neuen Antrag stellen. Die Sozialdemokratie half ihm zwar aus, wollte ihn aber auf den Knien wissen.

Auch innerhalb der dänischen Minderheit mußte Ernst Christiansen um die Verwirklichung seiner Konzeption ringen. Es bedeutete zunächst wenig, daß die Flensburger Vertrauensmänner des Schleswigschen Vereins ihm 1922 so skeptisch gegenüberstanden, daß er sich zum Rückzug aus dem Vorstand gezwungen sah. 1930 kam es aber zu einer erneuten Krise. Aus der erstaunlich großen Niederlage des Schleswigschen Vereins bei den Reichstagswahlen 1928 hatten die Vertrauensmänner der Stadt die Schlußfolgerung gezogen, künftig keine Kandidaten mehr aufzustellen. Da Ernst Christiansen eben darin einen fehlenden Willen zur Behauptung als politische Bewegung sah, bekämpfte

er unversöhnlich diese Entscheidung. Obwohl er seine Auffassung nicht durchsetzen konnte, gab er nicht auf. Bei allen anstehenden deutschen oder preußischen Parlamentswahlen der folgenden zwei Jahre versuchte er ohne Erfolg, die Vertrauensmänner umzustimmen. Im Ergebnis wurde die Dachorganisation des Schleswigschen Vereins gesprengt. Es entstand innerhalb der Minderheit eine Spaltung zwischen Stadt und Land. Überwunden wurde sie erst nach der nationalsozialistischen Machtergreifung, in einer Lage also, wo eine neue Dachorganisation keine wirkliche Bedeutung mehr hatte.

V.

Die minderheitenpolitische Konzeption Ernst Christiansens fußte auf einer Ideologie, in der die nationale Zugehörigkeit des einzelnen Menschen auf der Teilhabe an einer vorgegebenen geistigen Substanz beruhte. Ohne den Forderungen der nationalen Gemeinschaft zu gehorchen, könne der einzelne sein Schicksal nicht vollziehen. Seinerseits würde auch das Volk nicht wahrhaft leben können, falls es nicht seine Kräfte voll dafür einsetzte, alle Teile des nationalen Körpers zu vereinen. Da Land und Volk durch die Geschichte verbunden seien, müßte Dänemark tatsächlich seinen Anspruch auf ganz Schleswig erheben. Ernst Christiansen hat oft solche Ansichten zum Ausdruck gebracht, mitunter recht zugespitzt.

Es wäre nicht angebracht, nur anhand dieser Ähnlichkeit mit der Blut- und Boden- Ideologie auf eine ideologische Verwandtschaft mit dem Nationalsozialismus zu schließen. Es ist auch richtig, daß solche Ansichten damals weit verbreitet waren, und zwar nicht nur in rechtsradikalen Kreisen. Natürlich wäre es nicht gerecht, wenn man aufgrund dieser Ähnlichkeit einen jeden damaligen Nationalisten jetzt als verkappten Nationalsozialisten anprangern wollte. Wegen dieser schlichten Feststellung sollte man

aber andererseits nicht darüber hinwegsehen, daß eben die Verbreitung solcher Ansichten die Aufgeschlossenheit vieler Menschen für die Agitation der Nationalsozialisten mit gewährleistete.

Ernst Christiansen ging aber einen wichtigen Schritt weiter. Er forderte eine permanente nationale Mobilisierung. Diese Forderung entsprang seiner Auffassung vom Mythos des Volkes. Nur wenn jeder einzelne stets für die gegebenen Ziele eintrete, könne die Gemeinschaft sich als Volk verwirklichen. Dieser Appell zieht sich wie ein roter Faden durch seine Artikel und Reden. Gekoppelt war die Forderung mit rückwärtsschauender Agrarromantik, wie sie auch in deutschen Kreisen im damaligen Schleswig-Holstein verbreitet war. Dazu gesellten sich grundsätzliche, aber vorsichtig angeführte Bedenken gegen die parlamentarische Demokratie.

Sie wurden nicht nur geäußert als Konsequenz seiner Enttäuschung über die Volksabstimmung, sondern kamen auch zum Ausdruck in der weniger aufgeheizten Atmosphäre der späten zwanziger Jahre. Und schließlich veröffentlichte Ernst Christiansen nicht von ungefähr 1933-1934 mehrere Artikel in seiner Zeitung, in welchen er die Frage aufwarf, ob nicht doch etwas vom Nationalsozialismus zu erlernen sei. Als er deswegen von dänischen Kritikern heftig angegriffen wurde, beharrte er auf seinen schrillen Herausforderungen. Erst ein Jahr nach Hitlers Machtergreifung ließ er diese Töne ganz verstummen. Eine begrenzte ideologische Verwandtschaft mit dem Nationalsozialismus hat er somit selber nicht verleugnen wollen. Man kann deshalb zu Recht sagen, daß Ernst Christiansen am Rande einer nationalen Dämonie balancierte.

Nationalsozialist war er keineswegs, auch nicht in einem isolierten ideologischen Sinn. Dazu fehlte natürlich eine Reihe von anderen Merkmalen, wie z.B. prononcierte rassenideologische Ansichten. Eine zu große Rolle spielten dazu auch universelle

liberale Überzeugungen, die im öffentlichen Leben Dänemarks um so leichter die Oberhand behielten, weil alles andere in der damaligen Atmosphäre als deutsch, d.h. schlechthin undänisch, abgetan wurde. Und nicht zuletzt, Nationalsozialist war er schon gar nicht im eigentlichen Sinne des Wortes, d. h. Anhänger jener Art von Bewegung, die sich so verheerend in der deutschen Geschichte verwirklichte. Wer den Lebenslauf Ernst Christiansens kennenlernt, versteht unmittelbar, wie wesensfremd ihm die ganze totalitäre Praxis des Nationalsozialismus sein mußte. Letztendlich unterlag er selber diesem Ungeheuer.

VI.

Jede Epoche birgt in sich ihre eigenen Dämonen. Diese zu entlarven und zu bekämpfen bleibt eine Hauptaufgabe für alle, die sich für eine auf rationale Kritik bauende parlamentarische Demokratie in einer offenen Gesellschaft einsetzen wollen. Die Dämonisierung durch den Nationalsozialismus war in der Zeit zwischen den Weltkriegen eine Versuchung, mit der Ernst Christiansen immer ringen mußte.

Heute sind wir im Westen vielleicht neuen Dämonen ausgesetzt, während in Osteuropa die alten entfesselt sind. Wollen wir in dieser Lage überhaupt ohne Hochmut und Leichtsinn unseren Nachbarn im Osten etwas beibringen, sollten wir uns erst einmal daran erinnern, daß wir Glück gehabt haben. Wir sollten uns die günstigen Umstände vergegenwärtigen, denen wir es zu verdanken haben, daß sich in Westeuropa die liberale parlamentarische Demokratie hat durchsetzen können. Diese liberale Demokratie hat uns vorläufig zur Überwindung des Nationalismus verholfen.

Der Südschleswigsche Wählerverband (SSW) Teil II: 1955-1991

von RANING KRUEGER

8. DIE ZUNEHMENDE INTEGRATION UND NEUORIENTIERUNG DER DÄNISCHEN MINDERHEIT 1955-1971

Nach einem Jahrzehnt starker nationalpolitischer Auseinandersetzungen wurde mit den sogenannten „Bonn-Kopenhagener Erklärungen“ von 1955 - die zwar keine Rechtskraft, wohl aber symbolische Bedeutung hatten - eine deutsch-dänische Verständigung und eine konstruktivere Phase im schleswigschen Grenzland eingeleitet.

Im Zuge dieser „Klimaverbesserung von oben“, d. h. durch Druck aus Kopenhagen und Bonn auf die Kieler Landesregierung konnten in Verhandlungen mit Kiel in den vier wichtigsten Forderungen der dänischen Minderheit zufriedenstellende Resultate erzielt werden: 1. Die Wahlrechtsfrage (Aufhebung der 5%-Sperrklausel für die dänische Minderheit, jedoch Erreichen der Stimmenzahl für ein Mandat), 2. eine parlamentarische Übergangslösung (Landtagsausschuß für Angelegenheiten der dänischen Minderheit mit zwei SSW-Vertretern), 3. die Frage der Schulzuschüsse (Rücknahme der Kürzung des Zuschusses pro schulpflichtigem Kind an dänischen Schulen auf 50% und Erhöhung auf 80%, dem Stand von vor 1953) und 4. das Examenrecht für die weiterführenden dänischen Schulen, sofern sie dem deutschen Schulsystem angenähert würden.

Die Stimmenzahl des SSW ging nach 1955 weiter zurück (vgl. GFH 2/91, S. 83, Tab. 2); ebenso sank die Mitgliederzahl des Südschleswigschen Vereins. Bei der Landtagswahl 1958 erhielt der Südschleswigsche Wählerverband 34 136 Stimmen (2,8%) und war wiederum im Landtag repräsentiert durch Samuel Münchow und Berthold Bahnsen, denen das Fraktionsrecht zuerkannt wurde.²⁵ Der besondere Landtagsausschuß konnte damit aufgelöst werden, doch in der Zwischenzeit war in der dänischen Minderheit der Wunsch einer Vertretung in Bonn entstanden, wo zahlreiche Entscheidungen von Bedeutung für

Südschleswig getroffen wurden; Hoffnungen auf ein Bundestagsmandat konnte sich die Minderheit allerdings nicht machen. Bei der Bundestagswahl 1957 hatte die Stimmenzahl des SSW mit 32 262 noch unter dem Resultat der Landtagswahl gelegen - offenbar zogen es einige dänischorientierte Wähler vor, nach ihrer gesellschaftlichen Einstellung gegenüber den scharfen Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und den bürgerlichen Parteien in der Bundesrepublik zu stimmen, anstatt ihre Stimme für eine nationale Demonstration zu vergeben.

Eine Vertretung in Bonn sollte jedoch erst 1965 aktuell werden, nachdem die deutsche Minderheit in Nordschleswig bei der Folketingwahl im September 1964 ihr Mandat verloren hatte. Berthold Bahnsen vertrat bis 1971 den Südschleswigschen Wählerverband im Landtag mit einer Politik, die als „nüchtern und realistisch“²⁶ und „gemäßigt und kompromißbereit“²⁷ bezeichnet wird. Als Beispiel für diese Einstellung gilt Bahnsens Haltung gegenüber dem innerhalb der Minderheit und in Dänemark nicht unumstrittenen „Programm Nord“, für das er sich aktiv einsetzte. Sein Grundgedanke war, daß eine wirtschaftliche Förderung des Landesteils Schleswig allen Einwohnern zugute käme, auch den dänischorientierten. Ferner forderte Bahnsen wiederholt im Landtag, daß Kiel und Bonn auf dem Gebiet der Regionalförderung Mittel bereitstellen müßten, um die Entwicklung Südschleswigs in europäischer Perspektive zu einem „Brückenpfeiler zwischen Nord und Süd“ zu fördern.²⁸ Die veränderte Situation des SSW fand auch darin ihren Ausdruck, daß Bahnsen nach der Landtagswahl 1962, als CDU und SPD/FDP die gleiche Anzahl Mandate innehatten, vom Ministerpräsidenten von Hassel als „durchaus ministrabel“ angesehen wurde²⁹, bevor es schließlich zur Bildung einer CDU/FDP- Koalition kam.

Bei der dänischen Minderheit erfolgte nach 1955 ein längerfristiger Anpassungsprozeß mit dem Ziel der Förderung der kulturellen Arbeit und Schaffung eines „dänischen Alltags“ im Landesteil Schleswig, der erst 1970/71 abgeschlossen wurde. Die konkreten Bemühungen des SSW gingen nunmehr dahin, das Ausmaß der finanziellen Förderung der dänischen Minderheit

zu erweitern und die bestehenden politischen Informations- und Mitsprachemöglichkeiten zu sichern und auszubauen. Niels Bogh Andersen, eine der führenden Persönlichkeiten der dänischen Minderheit nach 1945, charakterisierte die neue Situation folgendermaßen: „Es ist schwerer geworden, dänisch zu sein in Südschleswig, weil es leichter geworden ist, sich zur dänischen Minderheit zu bekennen“.³⁰ Das Jahrzehnt nach 1945 war von nationalpolitischen Gegensätzen geprägt, doch nach und nach trat der kulturelle Wettstreit zwischen deutsch und dänisch in den Vordergrund. Parallel dazu verlor das Ziel einer Vereinigung mit Dänemark an Bedeutung, wenngleich sich Teile der älteren Generation der dänischen Südschleswiger einer Änderung der Zielsetzung widersetzen.

Die kulturelle Konsolidierung bildete das wesentliche politische Ziel dieser neuen Phase von 1955 bis 1970/71, die von der sogenannten „Front und Brücke“- Bewegung geprägt wurde. Zentrum dieser Bewegung war ein Kreis jüngerer Akademiker um die gleichnamige Zeitschrift „Front og Bro“, der einen realitäts-bezogeneren politischen Kurs und die Entwicklung eines dänisch-südschleswigschen Eigenbewußtseins forderte, das alte Kampfparolen durch eine auf aktuellen kulturpolitischen Anschauungen basierende friedliche Koexistenz ablösen sollte. Den Grund für die fallenden Stimmenzahlen von 1948 bis 1971 sah man nicht zuletzt in der politischen Haltung der dänischen Minderheit. Für viele Wähler sei der SSW eine „Wiedervereinigungspartei“ ohne Chancen auf Durchsetzung ihrer Ziele und ohne Einfluß auf die praktische Politik in der Bundesrepublik gewesen. Damit wurde eine Orientierungsdebatte über die Existenzgrundlage der dänischen Minderheit Mitte und Ende der sechziger Jahre angeregt, die 1968 zu einer Änderung in der offiziellen Zielsetzung des SSW in Form des neuen SSW-Programmes führte.

Am 9. März 1965 beschloß die Landesversammlung des Südschleswigschen Wählerverbandes, daß sich der SSW an der Bundestagswahl 1965 nicht mehr beteiligen werde. Bei der Bundestagswahl 1961 hatte der SSW lediglich 25 449 Stimmen erhalten - weniger als die Hälfte der für ein Bundestagsmandat erforderlichen Anzahl. Stattdessen sollte die zukünftige Arbeit

auf die Kommunal- und Landtagswahl konzentriert werden. Der seit dem Verlust des Bundestagsmandates im Jahre 1953 bestehende Wunsch nach einer Vertretung der dänischen Minderheit in Bonn wurde nach 1965 aufgenommen, nachdem die deutsche Minderheit in Nordschleswig bei der Folketingswahl 1964 ihr Mandat verloren hatte, und daraufhin ein mit Vertretern der Folketingsparteien und der deutschen Minderheit besetzter Kontaktausschuß in Kopenhagen eingerichtet worden war. Am 1. Juli 1965 wurde in Bonn der „Beratende Ausschuß für Fragen der dänischen Minderheit“ konstituiert. Er setzt sich zusammen aus dem Bundesinnenminister als Vorsitzendem, dem schleswig-holsteinischen Innenminister, Vertretern der im Bundestag repräsentierten Parteien sowie drei Vertretern der dänischen Minderheit. Dieser Kontaktausschuß, der einmal im Jahr tagt, wird von der dänischen Minderheit nicht als Ideallösung des Repräsentationsproblem es in Bonn angesehen, doch bietet er vor dem Hintergrund, daß keine Aussicht auf ein Bundestagsmandat besteht, die Möglichkeit einer Interessenvertretung der Minderheit auf den Gebieten, die wegen des föderalen Aufbaus der Bundesrepublik in den Kompetenzbereich des Bundes fallen.³¹

9. DAS SSW-PROGRAMM 1968

Die Einrichtung des Kontaktausschusses erfolgte somit nach dem bis heute vorherrschenden informellen Gegenseitigkeitsprinzip, das in seiner unverbindlichen Form durch die Parallelität der Bonn-Kopenhagener Erklärungen etabliert worden war. Im Rahmen dieses Beitrages in den Grenzfriedensheften muß auf die Einbeziehung der deutschen Minderheit in Nordschleswig sowie des friesischen Bevölkerungsteils an der südschleswigschen Westküste³² weitgehend verzichtet werden. Es soll aber auf eine Untersuchung der Sozialstruktur der deutschen und der dänischen Minderheit aus dem Jahre 1965 verwiesen werden, da diese nicht unumstrittene Studie³³ die einzige veröffentlichte Untersuchung über die Sozialstruktur der dänischen Minderheit darstellt.

So machen Arbeiter und Angestellte im Jahre 1965 rund zwei Drittel und die Beamten ein Zehntel der dänischen Minderheit in Südschleswig aus. Bemerkenswert ist, daß dieser Anteil auch auf dem Land konstant bleibt. Auch die Rentner sind im Gegensatz zu den Selbstständigen in der dänischen Minderheit überdurchschnittlich repräsentiert. Es wird deutlich, daß die dänische Minderheit ihren Schwerpunkt in der Gruppe der Lohnempfänger hat. Diese soziale Basis wirkt sich auch auf die Politik der Minderheit aus.

Waren sich das „alte“, eher bürgerlich dominierte und das „neue“, eher sozialdemokratisch geprägte Dänentum bis 1955 in der nationalen Zielsetzung einig, so dürften die unterschiedlichen Auffassungen in den sechziger Jahren über den neuen Kurs der Minderheit auch vor dem Hintergrund unterschiedlicher sozialer Interessen zu interpretieren sein.³⁴

Der Wandel des SSW von einer „separatistischen“ Nationalitätenpartei, deren Ziel die Loslösung des Landesteils Schleswig in Deutschland und die Annäherung an Dänemark war, zu einer konstruktiv im Lande Schleswig-Holstein mitarbeitenden Partei der dänischen und nationalfriesischen Südschleswiger fand seinen Ausdruck in einem neuen SSW-Programm vom 27.4. 1968, in dem über die Belange der Minderheit hinaus umfassend zu allen gesellschaftlichen Themen Stellung genommen wird.

In der Einleitung dieses zweiten Programms bezeichnet sich der SSW als die politische Vertretung der dänischen und nationalfriesischen Bevölkerung im Landesteil Schleswig. In der Verwirklichung einer demokratischen Lebens- und Gesellschaftsform nach nordischem Vorbild wird eine dauerhafte Garantie für Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand gesehen. Der SSW wendet sich gegen jeden Totalitarismus und Zwang. Die Wahrung der Belange der dänischen und nationalfriesischen Südschleswiger sei nur auf der Grundlage von Verständnis und Toleranz gewährleistet: „Im Bewußtsein staatsbürgerlicher Verantwortung will der SSW an der Gestaltung des Landes konstruktiv mitarbeiten. Ziel seiner Bestrebungen ist es, entsprechend der Eigenart des Grenzlandes den Bewohnern dieses Landesteils ein freies und glückliches Leben

in ihrer Heimat zu sichern. Der SSW bekennt sich zu einer europäischen Zusammenarbeit und ist bereit, für die Verständigung zwischen den Völkern zu arbeiten“.³⁵ Diese Sätze verdeutlichen den Wandel des SSW.

Des weiteren wird die Perspektive eröffnet, daß sich die dänische Minderheit als Brücke zum Nachbarstaat erweisen kann, über die ein Austausch kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Vorstellungen erfolgen kann.

In dem Programm werden außer allgemeinen politischen Aussagen Feststellungen zur staatlichen und kulturellen Ordnung, zur Wirtschafts- und Sozialordnung getroffen.

Für den SSW ist die einzig angemessene staatliche Ordnung eine demokratische, in der jeder Bürger das Recht hat, in politischen, religiösen, kulturellen und nationalen Angelegenheiten frei zu entscheiden. Die Rechtsgrundsätze der Kieler Erklärung von 1949 und der Bonner Erklärung von 1955, in denen ausdrücklich auf ein subjektives Nationalitätenprinzip Bezug genommen und die rechtlichen Existenzgrundlagen der dänischen Minderheit garantiert werden, finden auch ihre Aufnahme in das Programm des SSW: „Niemand darf wegen seiner Zugehörigkeit zu einem nationalen Volksteil verfolgt oder benachteiligt werden. Diese Grundsätze dürfen auch durch Sondergesetze nicht aufgehoben werden.“

Hinsichtlich der Wahlgesetze fordert der SSW die Erhaltung des Verhältniswahlrechts, da es ihm bei einem reinen Mehrheitswahlrecht unmöglich gemacht würde, Mandate zu erringen. Auch am Prinzip des föderalen Staatsaufbaus müsse festgehalten werden, da es bei einem zentralistischen Staatsaufbau für den dänischen Bevölkerungsteil nicht möglich wäre, sich politisch sinnvoll zu betätigen. Der SSW fordert eine Wirtschaftsordnung, in der Wohlstand und soziale Sicherheit ein menschenwürdiges Leben gewährleisten. Für Schleswig-Holstein, besonders für Südschleswig wird eine regionale Förderung und Entwicklung in Verbindung mit einer Verbesserung der Infrastruktur gefordert. Betriebe und Arbeitsplätze seien krisenfest zu sichern, die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft sei durch strukturverbessernde Maßnahmen zu erhalten. Programmpunkte wie eine Vereinfachung des Steuerwesens

sind dagegen so allgemein gehalten, daß sie auch im Programm jeder anderen Partei in Schleswig-Holstein stehen könnten.

Auch in diesem SSW-Programm nehmen die Ausführungen zur Sozialordnung breiten Raum ein. Eine Sozialordnung habe jedem Menschen die Möglichkeit zu geben, ein freies und gesichertes Leben zu führen und der Familie den Schutz der Gesellschaft zu gewähren. Nach skandinavischem Vorbild müsse eine allgemeine Volksfürsorge ausgebaut werden, in der den Kreisen und Gemeinden eine erhöhte Bedeutung bei der Planung und dem Betrieb sozialer Einrichtungen zukommt. Im Rahmen dieser Sozialordnung werden ebenfalls eine moderne Arbeitsschutzgesetzgebung und ein gezieltes Wohnungsbauprogramm gefordert. Eine staatliche Alters- und Kriegsoferversorgung sei so effektiv zu gestalten, daß keine Sozialunterstützung als Zuschuß zur Rente nötig werde.

Die SSW fordert die Schaffung einer kulturellen Ordnung in der Stadt lediglich kulturfördernde Aufgaben übernimmt. Eine Zensur der Medien dürfe nicht stattfinden, die Meinungsfreiheit sei zu respektieren. In diesem Zusammenhang wird auch auf die kulturelle Autonomie der dänischen Minderheit hingewiesen: Das Kulturleben müsse auf der Freiheit und Gleichberechtigung der verschiedenen Kulturen und Sprachen des Landesteils Schleswig aufgebaut werden. Das Schul- und Ausbildungssystem habe jedem einen geeigneten Ausbildungsweg zu ermöglichen, wobei skandinavische Schulordnungen nach Ansicht des SSW als Vorbild dienen könnten.

Das Programm von 1968 stellt einen entscheidenden Einschnitt in der politischprogrammatischen Entwicklung des SSW dar und bildet einen Abschluß der Entwicklungsphase und Zielsetzungsdebatte innerhalb der dänischen Minderheit nach 1955, bei der es sich weniger um einen Generationskonflikt als vielmehr um eine Debatte zwischen alten und neuen Auffassungen über das Selbstverständnis und die Rolle der dänischen Minderheit handelte. Die Befürworter einer zeitgemäßen Minderheitenpolitik hielten es nicht für ausreichend dänisch zu sein, und sahen den Wunsch nach einer Grenzveränderung als politisch nachrangig an. Vielmehr gelte es, für die dänische Minderheit

auf der Grundlage eines freiheitlichen dänischen Kultur- und Demokratieverständnisses als Vermittler für ein europäisches Zusammenleben der Toleranz und Verständigung zwischen den Völkern zu wirken; neben der Interessenvertretung der dänischen Volksgruppe sollte sich der SSW verstärkt zum Fürsprecher des Landesteils Schleswig und seiner gesamten Bevölkerung machen.

10. DIE STABILISIERUNG UND VERSTÄRKTE ENTWICKLUNG DES SSW IN RICHTUNG EINER REGIONALPARTEI SEIT 1971

Die Landtagswahl am 25. 4. 1971 bildete Tiefpunkt und Wende zugleich in der Entwicklung des Südschleswigschen Wählerverbandes. Die Stimmenzahl des SSW war von 1962, wo 26 883 Stimmen nur noch ein Mandat bedeuteten, über 1967 (23 577) kontinuierlich zurückgegangen und betrug 1971 noch 19 720 Stimmen, was bei einem Stimmenanteil von 1,4 % in Schleswig-Holstein gerade zur Behauptung des einen Mandats ausreichte. Wie 1962 wurde der SSW- Abgeordnete Berthold Bahnsen auch 1971 in Erwartung eines knappen Wahlergebnisses von der CDU und ihrem jetzigen Ministerpräsidenten Helmut Lemke als „ministrabel“ gehandelt, was man als ein weiteres Zeichen für die Entspannung im Grenzland werten mag.

Kurz nach seiner Wiederwahl 1971 starb Berthold Bahnsen; für ihn rückte der damalige Landesvorsitzende des SSW und Chefredakteur von „Flensburg Avis“, Karl Otto Meyer, in den Landtag. Die mit dem Programm von 1968 verfolgte Neuorientierung des SSW wurde durch diesen personellen Wechsel unterstrichen. Karl Otto Meyer, der ein typischer Repräsentant der jüngeren dänisch-südschleswigschen Generation war, galt allgemein als profiliert als sein Vorgänger und stand in gesellschaftspolitischen Fragen eher „links von der Mitte“. Vor allem aber begriff Meyer in stärkerem Maße als Bahnsen sein Landtagsmandat als ein vollwertiges politisches Mandat und hat seit 1971 zu allen gesellschaftlichen Themen im Schleswig-Holsteinischen Landtag Stellung genommen, nicht nur zu Fragen, die unmittelbar die dänische Minderheit oder den Landes-

teil Schleswig betreffen. Das SSW-Mandat wurde bei der Landtagswahl 1975 bekräftigt, 20 703 Stimmen bedeuten einen Zuwachs von rund 1000 Stimmen. Die Stimmenzahl von 1971 hätte nicht mehr zur Sicherung des SSW ausgereicht. Bis heute gilt, daß der Bevölkerungszuwachs im Landesteil Holstein bei gleichzeitiger Abwanderung aus dem Landesteil Schleswig sowie der Einzug weiterer Parteien in den Landtag die erforderliche Stimmenzahl für das letzte Mandat nach D'Hondt erhöhen. Kernpunkte der politischen Forderungen des SSW in der dritten Entwicklungsphase nach 1971 waren die Regionalpolitik für den Landesteil Schleswig (Wahlslogan: „Anwalt des Landesteils Schleswig“) und die Gleichberechtigung des dänischen und friesischen Bevölkerungsteiles. 1973 verabschiedete der Landtag auf Initiative des SSW einstimmig einen Beschluß, der verstärkte Maßnahmen zur Strukturförderung des Landesteils Schleswig vorsah, für die sich der SSW seit 1958 mit parlamentarischen Initiativen eingesetzt hatte. Zum besonderen Irritationsmoment zwischen der dänischen Minderheit und der CDU-Landesregierung unter Gerhard Stoltenberg entwickelte sich in den siebziger Jahren die Frage der Schulzuschüsse für die dänischen Schulen, die erst nach 1982 unter Uwe Barschel gelöst wurde. Die Regierung Stoltenberg mußte die Legislaturperiode 1975-1979 mit einer Mehrheit von einem Mandat gegenüber SPD, FDP und SSW bestreiten, ohne daß die CDU-Mehrheit im Parlament ernsthaft gefährdet wurde. Die Landtagswahl 1979 wurde für den SSW aufgrund der hohen Wahlbeteiligung zu einer Zitterpartie, doch 22 291 Stimmen -ein erneuter Zuwachs von rund 1500 Stimmen gegenüber 1975 - sicherten das SSW-Mandat im Landtag und bestätigten die Konsolidierung des SSW, der bei den Kommunalwahlen im Jahr zuvor 24 380 Stimmen erhalten hatte. Karl Otto Meyer sollte nicht die Ehre zuteil werden, von Stoltenberg als „ministrabel“ gehandelt zu werden: Als Reaktion auf den knappen Wahlausgang, bei dem der SSW fast zum „Zünglein an der Waage“ geworden wäre, setzte die CDU gegen den Widerstand der übrigen Parteien die Erhöhung der Mandatszahl von 73 auf 74 durch.

Seither hat es regelmäßig, vor allem von konservativer Seite,

Versuche gegeben, die Vollwertigkeit des SS W-Mandates zu bestreiten. Es sei nur an den Herbst 1987 erinnert, als neben der breiten Palette von politischen Angeboten bis hin zu persönlichen Drohungen gegenüber dem SSW-Abgeordneten sich auch die süddeutschen Politiker Strauß und Geißler zu Worte meldeten, demzufolge „ein Däne doch nicht über das Schicksal Schleswig-Holsteins entscheiden“ dürfe.³⁶ Ohne die Wahlrechtsänderung im Jahre 1979 hätten CDU und FDP im übrigen 1987 eine Mandatsmehrheit gehabt gegenüber SPD und SSW. Der SSW war nach der Landtagswahl 1983 mit 21 807 Stimmen nach einer erneuten Zitterpartie im Landtag vertreten. Angesichts der hohen Wahlbeteiligung, der Tatsache, daß die Landtagswahl 1983 eindeutig im Schatten der Bundestagswahl stand, sowie der Polarisierung zwischen CDU und SPD ist der Stimmenrückgang von knapp 500 Stimmen als Fortsetzung der Konsolidierung des SSW seit 1971 zu interpretieren.

Nach 1983 wurde die parlamentarische Arbeit des SSW im Landtag weiter intensiviert. Die Einstellung von zwei hauptberuflichen Mitarbeitern, über 400 Redebeiträge und eine Verdreifachung der parlamentarischen Initiativen im Landtag von 1983-87 stehen als Zeichen für eine Öffnung und Weiterentwicklung des SSW als eigenständige politische Kraft im Landtag bzw. im Landesteil Schleswig. Die Landtagswahl am 13. 9. 1987 ergab mit 23 316 Stimmen für den SSW einen Zugewinn von gut 1500 Stimmen. Die mit dem Wahlsonntag beginnende Aufdeckung der sogenannten Barschei- bzw. CDU-Affäre und der knappe Wahlausgang (SPD 36 Mandate, CDU 33, FDP 4 und SSW 1) prägten die kurze Wahlperiode. Mit dem Rücktritt Uwe Barscheis waren infolge des nach 1988 geänderten Wahlgesetzes 38 Mandate erforderlich zur Wahl eines neuen Ministerpräsidenten. Der SSW-Abgeordnete weigerte sich mit Rückendeckung der Partei und vor dem Hintergrund des SS W-Programmes, mit seiner Stimme für vier Jahre einer CDU- FDP-Regierung in das Amt zu verhelfen. Der SSW-Abgeordnete plädierte für Verhandlungen der drei anderen Parteien, um eine Mehrheitsregierung zu bilden. Falls dies nicht möglich sei, sollten Neuwahlen ausgeschrieben werden. Die weiteren Ereignisse dieser Monate sind hinlänglich bekannt.

Das Ergebnis der vorgezogenen Landtagswahl vom 8. 5. 1988 bestätigte die konsequente Haltung des SSW: Mit 26 646 Stimmen erzielte der SSW sein bestes Ergebnis seit 20 Jahren. Die SPD erreichte mit fast 55 % der Stimmen und 46 Mandaten die absolute Mehrheit. Die CDU erzielte 27 Mandate, die FDP hatte sich während ihrer kurzen parlamentarischen Präsenz 1987/88 durch ihr hartnäckiges Verhandeln um Ministerposten in den Augen der Wähler ebenfalls diskreditiert; ihr gelang ebenso wie den in Schleswig-Holstein bedeutungslosen Grünen nicht der Einzug in den Landtag. Hatte sich der SSW bei der Wahl Barscheis 1982 aufgrund dessen Ankündigung einer Wende in der Minderheitenpolitik der Stimme enthalten, so stimmte der SSW-Abgeordnete bei der Wahl des Ministerpräsidenten 1988 für Björn Engholm, ohne jedoch in irgendeiner Form (Koalitions-) Absprachen mit den Sozialdemokraten einzugehen. Dies geschah aus der Einstellung heraus, wonach 1. ein Regierungswechsel nach 40 Jahren etwas Natürliches sein sollte, 2. die Barschel/CDU-Affäre zu einem Regierungswechsel führen müsse, damit sich die CDU in der Rolle der Opposition regenerieren könne und 3. langjährige Erfahrungen und Gespräche mit Björn Engholm und der SPD den Eindruck bestätigten, daß auf vielen Gebieten gewisse Übereinstimmungen zwischen dem Wahlprogramm des SSW und der angekündigten Regierungspolitik von 1988 beständen.

Aus der Sicht des SSW sind bis heute Erfolge in der Fortführung der unter Barschei begonnenen Minderheitenpolitik gegenüber Dänen und Friesen durch die Regierung Engholm zu verzeichnen, ebenso wie gemeinsam mit der SPD, zum geringeren Teil auch mit der CDU, einige langjährige regional- und gesellschaftspolitische Forderungen des SSW durchgesetzt werden konnten. Heute arbeitet der SSW an der Lösung aller Probleme im Lande unabhängig und kritisch mit; die Verstärkung eigener Aktivitäten beim SSW und im dänischen wie auch friesischen Bevölkerungsteil haben dabei ebenso zum guten Klima im Grenzland beigetragen wie die gute Zusammenarbeit mit wohlwollenden Kräften in der Mehrheitsbevölkerung und den „deutschen“ Parteien.

II. DAS SSW-RAHMENPROGRAMM 1981

Das auf dem außerordentlichen SSW-Parteitag am 15. 8. 1981 in Flensburg mit großer Mehrheit beschlossene Rahmenprogramm stellt eine Weiterentwicklung und Aktualisierung des 1968er Programmes dar und sollte die Grundlage für die Politik des SSW in den achtziger Jahren bilden.

In der Präambel bezeichnet sich der SSW nach wie vor als die politische Vertretung der dänischen und national-friesischen Bevölkerung im Landesteil Schleswig und verweist auf die nationale, kulturelle und politische Eigenständigkeit dieser Bevölkerung. Die rechtlichen Grundlagen für ihr Leben und Wirken bilden das Grundgesetz, die Bonner Erklärung, die Landesverfassung und das Völkerrecht. Dem Programm von 1968 entspricht das Bekenntnis zu einer demokratischen Lebens- und Gesellschaftsform nach nordischem Vorbild und zur konstruktiven Mitarbeit an der Meinungsbildung und Entwicklung im Lande im Bewußtsein staatsbürgerlicher Mitverantwortung. Der SSW will mitwirken an der Verständigung zwischen den Völkern und an der Zusammenarbeit in ganz Europa. „SSW- Politik ist frei und unabhängig. SSW-Politik beruht nicht auf Staats- und Systemideologien, sondern will der ständigen Fortentwicklung demokratischer Lebensformen durch praktische und sachbezogene Vorschläge dienen.“³⁷ Die in dem Rahmenprogramm enthaltenen Aussagen und Leitsätze lassen sich fünf gesellschaftspolitischen Themenbereichen zuordnen, die im folgenden stichwortartig zusammengefaßt werden sollen, um einen Überblick über die gesellschaftspolitische Programmatik und das politische Profil der Partei zu ermöglichen; dabei sind besonders die spezifischen programmatischen Aussagen berücksichtigt, durch die sich der SSW von anderen Parteien unterscheidet.

1. Demokratie und Rechtsstaat

a) Bürger und Staat

- Der föderative Aufbau der staatlichen Verfassung ist wesentliche Grundlage aktiver Bürgermitbestimmung.
- Die besonderen Belange nationaler Volksteile sind sicherzustellen.

- Ausländischen Mitbürgern sind Mitwirkungsmöglichkeiten einzuräumen.
- Niemandem darf der Zugang zu öffentlichen Ämtern wegen seiner Überzeugung versagt werden.
- Niemand darf wegen seiner Zugehörigkeit zu einem nationalen Volksteil benachteiligt oder verfolgt werden.
- Der Dienst für die Gemeinschaft ohne Waffen ist dem Dienst der Waffe gleichwertig.
- Der Staat hat eine aktive Friedenspolitik nach außen und innen zu führen. Sie hat Vorrang vor der bloßen Sicherung der vorhandenen staatlichen Ordnung. Sie muß der Abrüstung dienen und insbesondere dem Verzicht auf nukleare, bakterielle und chemische Waffensysteme.

b) Kommunale Selbstverwaltung

- Das Recht auf Selbstverwaltung ist zu gewährleisten.
- Staatliche Aufgaben sind weitgehend zu dezentralisieren und die Mitwirkung der Selbstverwaltungsorgane auch in Weisungsangelegenheiten zu erweitern. An Bundes- und Länderaufgaben sollen die Gemeinden, wo immer möglich, mitwirken können.
- Umfassende Information und Mitbestimmung der Bürger.
- Ausländische Bürger müssen das Wahlrecht für die kommunalen Vertretungen erhalten.

2. Wirtschaft und Arbeit

a) Allgemeine Wirtschaftspolitik

- Recht auf Arbeit, Sicherung bestehender und Schaffung neuer Arbeitsplätze.
- Die Wirtschaftspolitik muß soziale Gerechtigkeit ermöglichen. Arbeitnehmermitbestimmung und Vermögensbeteiligung sind dafür wesentliche Voraussetzungen. Privateigentum ist im Rahmen seiner sozialen Bindung zu schützen.
- Bei Störungen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts hat der Staat das Recht und die Pflicht zur Kontrolle und zielkonformen Lenkung des Wirtschaftsge-

schehens.

- Arbeitsschutz und Weiterbildung sind zu gewährleisten.
- c) Regionale Entwicklung im Landesteil Schleswig
 - Wirtschaftlich schwächere Gebiete sind besonders zu fördern und ihre lagebedingten Wettbewerbsnachteile gegenüber den Ballungszentren auszugleichen. Der SSW konzentriert seine wirtschaftspolitische Mitwirkung auf das Land Schleswig-Holstein und besonders auf den Landesteil Schleswig.
 - Ausbau vorhandener und Ansiedlung neuer Betriebe.
 - Ausbau des Dienstleistungsbereiches.
 - Ausbildungs-, Umschulungs- und Weiterbildungseinrichtungen insbesondere für jugendliche Erwerbsfähige.
 - Berufung eines besonderen Wirtschaftsbeauftragten für den Landesteil Schleswig zur Koordination der Anstrengungen zur Förderung und Entwicklung des Wirtschaftslebens.

Mittelstand

- Besondere Förderung der mittelständischen Wirtschaft als bedeutsamer Faktor für die Entwicklung des Landesteils Schleswig

Werften

- Die Existenz der Werften im Landesteil ist zu sichern. Verstärkung der Finanzhilfen für die Werften mit dem Ziel der Entwicklung zukunftsbezogener Leistungsprogramme.

Fischerei, Land- und Forstwirtschaft und Fremdenverkehr sind zu erhalten und zu fördern. Dabei gewinnt der Fremdenverkehr als natürlicher Wirtschaftsfaktor steigende Bedeutung im Landesteil Schleswig. Großvorhaben dürfen in Zukunft nicht mehr errichtet werden. Der Zugang zur Natur muß entgeltfrei sein. Die Landschaftspflege ist zu berücksichtigen.

Infrastruktur und Verkehr

- Die Verkehrserschließung muß die Randlage des Landesteils Schleswig abbauen helfen.
- Erhaltung und Priorisierung des regionalen Bahnnetzes

gegenüber dem Fern- und Werkverkehr auf der Straße.

- Vorrang des öffentlichen Personennahverkehrs vor dem Individualverkehr.

3. Energie und Umwelt

- Energiepolitik muß wesentlicher Teil wirtschaftspolitischer Überlegungen bleiben, aber insbesondere auch bei Inanspruchnahme neuer Primärenergien von gesellschaftspolitischen Leitlinien bestimmt sein.
- Umweltfreundliche Energie bei höchstmöglicher Ausnutzung der eingesetzten Energien.
- Atomenergie darf nicht eingesetzt werden, solange die Probleme des Produktionsverlaufs und der Entsorgung nicht gelöst sind.
- Verstärkte Erforschung umweltfreundlicher Energien bei Berücksichtigung des echten Bedarfs und der Grenzen der Umweltbelastbarkeit.
- Landschaftserhaltung, Aufforstung und Neuanlagen von Feuchtgebieten.
- Schutz der Umwelt durch effektive Kontrolle.

4. Kultur und Bildung

- Recht auf Bildung.
- Gleichberechtigung der Kulturen im Landesteil Schleswig.
- Schulische Mitbestimmung. Nach Vorbild der skandinavischen Schulordnung muß das Mitbestimmungsrecht der Eltern und Schüler in der Schulerziehung gewährleistet sein.
- Chancengleichheit auch auf dem Gebiet der Bildung. Es darf kein Unterschied zwischen deutschen, dänischen und friesischen Einrichtungen gemacht werden.
- Erwachsenenbildungsgesetz für die Erwachsenenbildung. Unterstützung der Eigeninitiative der Bürger und Erweiterung des Fortbildungs- und Umschulungsangebotes.

Medien

- Rundfunk und Fernsehen erfüllen öffentliche Aufgaben auch im Bildungs- und Kulturbereich. Sie müssen frei

sein von wirtschaftlichen, politischen und staatlichen Abhängigkeiten.

- Die regionalen Belange und Interessen sind angemessen zu berücksichtigen.
- Neue Technologien im Medienbereich dürfen nicht zu einer Verarmung der Meinungs- und Kulturvielfalt führen.

5. Humane Gesellschaft - Sozialpolitik

- Für das Prinzip der Solidargemeinschaft
- Wahrung der sozialen Sicherheit ist öffentliche Aufgabe.
- Allgemeines Recht auf eine gesunde Wohnung. Förderung des sozialen Wohnungsbaus durch den Staat.
- Ausbau der sozialen Dienste.
- In der modernen Altenhilfe hat die Integration der älteren Generation in die Gemeinschaft Vorrang. Private Initiativen in der Wohlfahrtspflege müssen unter strenger Aufsicht der Behörden gestellt werden. Eine Volkspension - wie in Dänemark praktiziert - wird angestrebt.
- Uneingeschränkte Praktizierung der im Grundgesetz verankerten gleichen Rechte von Mann und Frau, insbesondere im Bildungs- und Berufsbereich.

Als Partei einer soziologisch und gesellschaftspolitisch zwangsläufig heterogenen nationalen Minderheit verfügt der Südschleswigsche Wählerverband demnach über eine umfassende Programmatik, die zahlreiche gesellschaftspolitische Aussagen enthält und sich nicht auf regional- oder landespolitische Themenbereiche beschränkt. Im SSW-Rahmenprogramm von 1981 wird ein soziales Demokratieverständnis nach skandinavischem Vorbild deutlich, das eine verstärkte Bürgermitbestimmung - auch für Ausländer - und das Prinzip der Solidargemeinschaft verfolgt. Vom Staat wird eine aktive Friedenspolitik mit dem Ziel der Abrüstung und dem Verzicht auf sogenannte ABC-Waffensysteme gefordert. Parallel zu der besonderen Betonung der nationalen, kulturellen und politischen Eigenständigkeit und Rechte des dänischen Bevölkerungsteiles im Landesteil Schleswig hält der SSW insgesamt eine Dezentralisierung

staatlicher Aufgaben und Funktionen für wünschenswert und spricht sich für eine erweiterte kommunale Selbstverwaltung als Grundzelle der Demokratie aus.

Während hier Übereinstimmungen mit Vorstellungen der Grünen bestehen, erinnern die wirtschaftspolitischen Auffassungen des SSW teilweise an sozialdemokratische Positionen. Die besondere Betonung liegt auf einer sozial gerechten Wirtschaftspolitik, die durch Mitbestimmung und Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer ermöglicht werden soll. Zur Verwirklichung des Rechts auf Arbeit und der Schaffung neuer Arbeitsplätze werden auch staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen befürwortet. Das besondere Interesse des SSW gilt naturgemäß der regionalen Entwicklung im Landesteil Schleswig, dessen verstärkte Förderung zum Ausgleich der Strukturchwäche durch eine Reihe gezielter öffentlicher Maßnahmen gefordert wird.

Der SSW spricht sich gegen den Einsatz von Atomenergie aus und fordert eine effektive Ausnutzung der vorhandenen sowie eine verstärkte Erforschung umweltfreundlicher Energien. Die Umwelt sei durch eine aktive Umweltpolitik und effektive Kontrolle zu schützen. Breiten Raum nehmen schließlich der Sozialbereich sowie Kultur und Bildung im Programm ein. Es wird die Gleichberechtigung und Chancengleichheit der Kulturen auf allen Gebieten gefordert und im Bildungs- wie im Sozialbereich auf das skandinavische Vorbild verwiesen. Hier können die SSW-Positionen mit den Stichworten „Integration“ und „Solidargemeinschaft“ beschrieben werden.

Wenn sich der Charakter des SSW als Partei der dänischen und friesischen Bevölkerung im Landesteil Schleswig auch im Rahmenprogramm von 1981 niederschlägt, so wird doch der zunehmende Anspruch der Partei als eine eigenständige politische Kraft und Regionalpartei deutlich, die durch Stellungnahme zu allen relevanten Fragen der Politik im Landesteil Schleswig für weite Bevölkerungskreise wählbar sein möchte.

12. DER SSW ALS DRITTE POLITISCHE KRAFT IM LANDE(STEIL SCHLESWIG) UND DIE SSW-

WÄHLERSCHAFT IN DEN ACHTZIGER JAHREN

Zur Charakterisierung des gewandelten Selbstverständnisses der dänischen Minderheit sowie der Schwerpunkte und politischen Zielsetzungen des SSW im Landtag ist eine Differenzierung auf einer Politik-Ebene sinnvoll, die der spezifischen Rolle und Entwicklung des SSW entspricht: die Differenzierung nach den Bereichen

Minderheitenpolitik - Regionalpolitik - Gesellschaftspolitik.

Wenn die Frage der Schulzuschüsse jahrzehntelang ein Irritationsmoment zwischen dem SSW und der CDU-geführten Landesregierung darstellen konnte, ist dies vor dem Hintergrund der entscheidenden Bedeutung zu sehen, die den dänischen Schulen als Ausgangspunkt alles Dänischen im Landesteil Schleswig und als Symbol für die Gleichberechtigung der dänischen Minderheit zukommt. Mit dem Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten von Stoltenberg auf Barschei trat 1982 eine Änderung in der Minderheitenpolitik der Landesregierung ein. Der Beschluß der Regierung Barschei, bis 1985 die Zuschüsse für die Schüler der dänischen Schulen auf 100% der deutschen Schulen zu erhöhen, und ihr Entgegenkommen auf anderen Gebieten trugen zu einer entscheidenden Verbesserung des Verhältnisses zwischen der dänischen Minderheit und der Landesregierung bei. Diese Wende in der offiziellen Minderheitenpolitik wurde besonders deutlich in der ersten Minderheitendebatte in der Geschichte des Schleswig-Holsteinischen Landtages 1986, der 1987 eine - ebenfalls vom SSW initiierte - Debatte über die Lage und Kultur des friesischen Bevölkerungsteiles folgte. So bedeutete der Regierungswechsel 1988 in der Minderheitenpolitik des Landes keine Wende, sondern es zeichnet sich eine Fortführung der aufgeschlosseneren Politik Kiels gegenüber der dänischen Minderheit ab, von der zunehmend auch der friesische Bevölkerungsteil an der Westküste zu profitieren scheint - so etwa durch die Einrichtung eines „Gremiums für Fragen der friesischen Bevölkerung“ beim Landtag.

Der SSW sieht es nunmehr als seine Aufgabe an, die Gleichberechtigung auf allen Gebieten der dänischen und friesischen Kulturarbeit durchzusetzen und in den Etats der kommenden Jahre einzubauen. Schließlich müsse auch ernsthaft darüber

diskutiert werden, was unter Gleichberechtigung der Kulturen eigentlich zu verstehen sei, d. h. ob eine-noch nicht erreichte - finanzielle Gleichbehandlung ausreiche. Hier kommt der Umsetzung des Artikels 5 der neuen schleswig-holsteinischen Landessatzung entscheidende Bedeutung zu. Der Geist dieses Artikels, in dem erstmals der dänische und friesische Bevölkerungsteil und deren Recht auf Förderung und Gleichbehandlung festgeschrieben wird, hat vor allem in zahlreichen Kommunen des nördlichen Landesteils noch nicht zu entsprechenden Konsequenzen geführt.³⁸

Aber auch Fragen wie beispielsweise das kommunale Wahlrecht für Ausländer sind von besonderer Bedeutung für die dänische Minderheit - hier hat sich das gerade von deutscher Seite immer betonte Gegenseitigkeitsprinzip nicht durchsetzen können.³⁹

Der zweite wesentliche Schwerpunkt der SSW-Politik im Landtag ist neben der Kulturpolitik die Regionalpolitik, die die Wirtschafts- und Infrastruktur im unterentwickelten Landesteil Schleswig verbessern und auf Landesniveau bringen will. Die hohe Arbeitslosigkeit und die Bevölkerungsabwanderung erweisen sich dabei für die dänische Minderheit in noch stärkerem Maße als für die Mehrheitsbevölkerung als Problem, da dänischgesinnte Familien bei arbeitsplatzbedingtem Fortzug auch der Minderheit verloren gehen.⁴⁰ Die zahlreichen Vorschläge und Initiativen des SSW haben zum Teil ihren Niederschlag gefunden in Investitions-

Programmen, wobei vor allem die Einführung der Regionalprogramme „Landesteil Schleswig“ und „Westküste“ nach dem Regierungswechsel in Kiel hervorzuheben ist. Es bleibt abzuwarten, welche Auswirkungen die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen der deutschen Vereinigung, aber auch des EG-Binnenmarktes für den Landesteil Schleswig haben werden.

Nachdem sich der SSW nach 1971 zunehmend zu einer Minderheiten- und Regionalpartei entwickelt hat, verfolgt die Partei seit den achtziger Jahren verstärkt eine dritte, gesellschaftspolitische Linie. Auf allen Gebieten wird dabei die dänisch-nordische, demokratisch-soziale Orientierung des SSW deut-

lich. Diese nordische Orientierung ermöglicht in der gesellschaftspolitisch an sich breit gestreuten dänischen Minderheit beispielsweise eine grundsätzliche Einigung über die Kultur-, Schul- oder Sozialpolitik. So sind innerhalb des SSW markante Positionen wie zur „ungeteilten Schule“, zur „Volkspension/Grundrente“ oder das „Nein zur Atomenergie“ unstrittig.

In Fragen der Innenpolitik, der Schulpolitik, in Umweltschutzfragen oder in Fragen der Rechtsstaatlichkeit und des Demokratieverständnisses besteht in Schleswig-Holstein daher ein gewisser Grundkonsens zwischen SSW und SPD. Bis 1983 galt dies auch für die damals sozialliberal orientierte FDP, von deren heutigen wirtschaftsliberalen und sozialpolitischen Positionen der SSW jedoch weiter entfernt ist als etwa von denen der CDU, die in der Opposition in manchen politischen Forderungen eine Kehrtwende vollzogen hat und bisweilen gemeinsam mit dem SSW Schwachpunkte der sozialdemokratischen Landesregierung kritisiert - wenngleich in der Regel mit unterschiedlicher Zielsetzung.

Besonders markiert hat sich der SSW Mitte der siebziger Jahre auf dem Gebiet der Umweltpolitik, in der eine dezentrale Energieversorgung unter Verzicht auf Atomenergie angestrebt wird. In den letzten Jahren hat sich der SSW verstärkt bemüht, etwa bei Gesetzesreformen von grundsätzlicher Bedeutung nicht nur die unmittelbaren Interessen des dänischen und friesischen Bevölkerungsteiles abzusichern, sondern auch dänisch-nordisch geprägte Positionen einzubringen. Dies gilt beispielsweise für die Gesetzgebung auf dem Gebiet der Schule, der Weiterbildung, der Kindertagesstätten oder der Landdessatzung. Dadurch hat sich der SSW nach 1988 auch für die sozialdemokratische Mehrheit oftmals als unbequeme dritte Kraft im Landtag erwiesen.

Die generelle Befürwortung einer Dezentralisierung der gesellschaftlichen Aufgaben und Funktionen, sowohl zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung als Grundzelle der Demokratie als auch zur Vergrößerung der Widerstandsfähigkeit gegenüber ökonomischen Krisen ist ein weiteres Charakteristikum der SSW- Politik und hängt mit dem regionalen Charakter der Partei zusammen.⁴¹ Dabei möchte sich der SSW als dritte

politische Kraft im Landtag mit klaren Standpunkten in sozial- und gesellschaftspolitischen Fragen profilieren und auch jüngere Wähler ansprechen. Dies ist in den letzten Jahren auf Landes(teil)ebene offenbar gelungen, wie die Wahlergebnisse und -Untersuchungen und das bescheidene Abschneiden der Grünen im nördlichen Landesteil unterstreichen. Diese Öffnung und Weiterentwicklung des SSW ist nicht nur Voraussetzung gewesen für die Konsolidierung bei den Wahlen; sie steht zugleich in Wechselwirkung mit dem verbesserten Klima im schleswigschen Grenzland und verdeutlicht die Bereitschaft des SSW, bei der Lösung der gesellschaftlichen Probleme mitzuarbeiten und Mitverantwortung zu tragen.

Auf die sozialstrukturellen Merkmale der SSW-Wählerschaft kann hier nicht in ausführlicher Form eingegangen werden, zumal die Wählerschaft im allgemeinen sehr begrenzt ist; dennoch seien einige wesentliche Charakteristika genannt.⁴² Die regionale Verteilung der SSW-Stimmen ist auch in den achtziger Jahren relativ konstant geblieben. Überdurchschnittliche Stimmenanteile von z. T. über 20% erzielt der SSW in den nördlichen Gebieten des Landesteils Schleswig. In den Städten schneidet der SSW generell besser ab als auf dem Land. Dies kann zum einen mit dem Wählerreservoir des SSW erklärt werden, zum anderen aber auch mit der Schwierigkeit der dänischen Minderheit, auf dem Land ein dänischgeprägtes kulturelles Milieu als Wählerbasis aufrechtzuerhalten. In den achtziger Jahren haben sich jedoch drei Tendenzen herauskristallisiert: Bei den Wahlen 1983, 1987 und 1988 ist der Stimmenzuwachs über das gesamte Verbreitungsgebiet des SSW verteilt. Die zahlreichen „Sympathiestimmen“, die der SSW 1988 aufgrund der couragierten Haltung des SSW-Landtagsabgeordneten während der Barschei/ CDU-Affäre auch südlich des Kanals auf holsteinischem Gebiet erhalten hat, überdecken jedoch, daß bereits von 1983 und 1987 Stimmenzuwächse in Gebieten ohne dänische oder friesische Kultureinflüsse zu verzeichnen waren. Dies mag als Indiz dafür gelten, daß die zunehmende Rolle des SSW als Regionalpartei bzw. Alternati-

ve im Landtag in gewissem Umfang der Partei neue Wählerschichten erschlossen hat. Wenngleich auch heute noch die Feststellung zutrifft, wonach eine überdurchschnittliche Wahlbeteiligung dem SSW wegen dessen relativ großer Stammwählerschaft nicht zugute kommt, so zeigt ein Vergleich der Wahlbeteiligung und der Entwicklung der SSW-Stimmenanteile vor Ort, daß hier auch der SSW zunehmend von einer geringen Wahlbeteiligung bzw. „Wahlmüdigkeit“ der Bevölkerung direkt betroffen wird. Dies wird besonders deutlich an der Entwicklung der SSW-Stimmenzahlen bei Kommunal- und Landtagswahlen in der Stadt Flensburg, die seit 1982 konstant rückläufig sind. Der Anteil Flensburgs an der Gesamtstimmzahl des SSW im Landesteil Schleswig ist im letzten Jahrzehnt von knapp 40% auf rund 30% gefallen. Von der durch die niedrige Wahlbeteiligung unterstrichenen Wahlmüdigkeit bzw. Parteienverdrossenheit der Flensburger wird der SSW in besonderem Maße betroffen, da der SSW in Flensburg zu den etablierten Parteien zählt. In der Öffentlichkeit mag sich der SSW mehr als kleinster Partner einer bisweilen kritisierten „heiligen Dreieinigkeit“ im Flensburger Rathaus denn als Korrektiv gegenüber CDU und SPD dargestellt haben. Neben internen Problemen und dem Mangel an einer profilierten Rolle des SSW in der „Großstadt“ Flensburg hat der gesellschaftliche Trend zur Individualisierung und zur Mediengesellschaft besondere Auswirkungen auf die kulturelle und politische Arbeit des dänischen Bevölkerungsteils in der Stadt Flensburg. Bis Ende der siebziger Jahre war die Minderheitenarbeit noch durch ein funktionierendes Netz an „Vertrauensleuten“ in den Ortsverbänden geprägt, was sich u. a. an einem überdurchschnittlich hohen SSW-Stimmenanteil bei den Briefwählern zeigte. Die Stadt Flensburg - wenngleich nach wie vor stimmenmäßig Hochburg des SSW - stellt heute das Problemkind der Partei dar.

Einen Anhaltspunkt über das Wählerpotential des SSW und dessen gesellschaftspolitische Orientierung geben die Ergebnisse der Bundestagswahlen, bei denen die SSW-Wähler ein Wählerpotential für alle Parteien bilden. Hier gilt nach wie vor, daß über zwei Drittel der SSW-Stimmen auf die Parteien des sozialliberalen Spektrums entfallen dürften - seit 1983 auch auf

die Grünen - und der Schwerpunkt der SSW-Wählerschaft in den unteren sozialen Schichten und bei den Arbeitnehmern liegt. Diese These hat sich in mehreren Wahluntersuchungen des Verfassers über die Stadt Flensburg bestätigt.⁴³

Was die Altersstruktur der SSW-Wählerschaft betrifft, so zeigen regelmäßige Untersuchungen des Statistischen Landesamtes über die Stimmenabgabe nach

Alter und Geschlecht, daß der SSW seit der Landtagswahl 1983 konstant überdurchschnittliche Stimmenanteile bei den jüngeren Wählern erzielen konnte. Diesen Gewinnen bei Wählern unter 35 Jahren stehen jedoch Verluste bei älteren Wählern gegenüber. Wenngleich letztere das Gros der gesamten Wählerschaft und der Bevölkerung stellen und in Verbindung mit den obengenannten Schwierigkeiten in der dänischen Kulturarbeit vor Ort vom SSW nicht vernachlässigt werden sollten, so kann der überdurchschnittliche Zuspruch von jüngeren Wählern seit der Landtagswahl 1983 als positives Zeichen für den SSW und dessen bisherige Linie und Politik im Landtag interpretiert werden. Hinsichtlich des Wählerzuspruchs nach Geschlecht ergeben sich keine besonderen Tendenzen. Mit einem Frauenanteil von rund 52% unter den 5200 Mitgliedern ist der SSW im übrigen die Partei mit dem höchsten Frauenanteil in der Bundesrepublik. Was die Ebene der Funktionsträger angeht, besteht hingegen auch beim SSW noch Nachholbedarf. Entgegen einer weitverbreiteten Auffassung besteht keine Identität zwischen den (SSV-)Mitgliedern der dänischen Minderheit und der Wählerschaft des SSW. Vergleiche zwischen den Mitgliederzahlen des Südschleswigischen Vereins und den Stimmzahlen für den SSW vor Ort unterstreichen, daß der SSW zunehmend Stimmen von Wählern außerhalb der organisierten dänischen und friesischen Kulturkreise gewinnt, andererseits jedoch nicht alle Mitglieder des SSV den SSW wählen.

Diese Entwicklung ist sicher vor dem Hintergrund der verstärkt regionalen Linie des SSW seit 1971 zu sehen. Über den Anteil von Wählern außerhalb der organisierten dänischen und friesischen Kulturkreise kann nur spekuliert werden. Er dürfte bei 15 % - bei der Landtagswahl 1988 noch höher - liegen.

13. AUSBLICK: DER SSW - EIN MODELL MIT ZUKUNFT?

Aus dänisch-südschleswigscher Sicht scheint für die politische Entwicklung in den neunziger Jahren vorsichtiger Optimismus durchaus angebracht. Mit 109 gewählten Repräsentanten, drei Bürgermeister und Schlüsselpositionen in mehreren Kommunalvertretungen bildet der SSW mit einem Stimmenanteil von zur Zeit rund 8% die dritte politische Kraft im Landesteil Schleswig. Landespolitisch muß es - realistisch betrachtet - bei der kommenden Landtagswahl am 5. 4. 1992 wie auch mittelfristig um den Erhalt des Landtagsmandates gehen, das für Dänen und Friesen als politische Interessenvertretung und „politisches Sicherheitsnetz“ für die kulturelle Arbeit von unverminderter Bedeutung ist. Ein Verlust des Landtagsmandates dürfte sich mittelfristig auch negativ auf die gesamte politische Arbeit und die Stellung des SSW auf Landes- wie auf kommunaler Ebene auswirken.

Die in diesem Beitrag skizzierte Weiterentwicklung des SSW seit 1955 war nicht nur unabdingbare Voraussetzung für die heutige Akzeptanz bei den Wählern - sie war und ist ein wichtiger Beitrag für die Verständigung im schleswigschen Grenzland und ohne Zweifel auch eine Bereicherung für die politische Kultur im Lande.

Gleichzeitig ist jedoch innerhalb wie außerhalb der dänischen Minderheit die Einstellung zu überdenken, wonach dänische und friesische SSW-Stimmen die Stammwählerschaft ausmachen und „deutsche“ Stimmen lediglich Sympathiestimmen seien. Von der Ausnahmewahl 1988 einmal abgesehen, dürfte auch ein Großteil der überwiegend regional- bzw. gesellschaftspolitisch motivierten SS W- Wählerstimmen zu den Stammwählern zu zählen sein. Dies sollte den SSW darin bestärken, seine mehrgleisige Strategie und Politik als Partei der Dänen und Friesen und als Regionalpartei mit Alternativen in der Landespolitik weiterzuführen und inhaltlich zu verstärken.

Kritikern dieser Entwicklung sei in Erinnerung gerufen, daß der SSW als Partei des dänischen und friesischen Bevölkerungsteils nicht zuletzt durch seine regionale Begrenzung auf einen Teil des Landes Schleswig-Holstein (14 von 45 Wahlkrei-

sen) von der 5%-Sperrklausel befreit ist. Die sinnvolle Forderung im Landeswahlgesetz nach Erreichen der Mindeststimmenzahl für ein Mandat sowie der Stimmenanteil im Landesteil Schleswig von stets über 6% sollten Beweis genug sein für die Vollgültigkeit des SSW-Mandates und legitimieren eine manchmal für andere Parteien unbequeme Politik im Landtag. Der SSW ist heute in mehrfacher Hinsicht eine „normale“ Partei im Land Schleswig-Holstein und hat sich den übrigen Parteien in der Konkurrenz um die Wähler zu stellen. Auf der anderen Seite sind es indes nicht nur Konservative, denen die Akzeptanz des entsprechenden Umkehrschlusses bisweilen schwer fällt.

Zahlreiche Faktoren bestimmen dabei die zukünftige Entwicklung des SSW und der dänischen und friesischen Kulturarbeit insgesamt. Von Bedeutung ist die Umsetzung des Gleichbehandlungsgebotes in Artikel 5 der Landessatzung in den Kommunen, aber auch eine Verpflichtung des Bundes durch Erwähnung der Minderheiten im Grundgesetz.

Zu den „äußeren“ Faktoren zählen die möglichen Konsequenzen der deutschen Vereinigung wie auch des europäischen Integrationsprozesses für die schleswigsche Grenzregion und insbesondere den Landesteil Schleswig. Dies gilt nicht nur für die ökonomisch-strukturelle Entwicklung in der Region, sondern auch hinsichtlich einer eventuellen administrativen Neuordnung - Stichwort „Nordstaat“ - bzw. die mögliche Verlagerung von finanziellen und kulturpolitischen Kompetenzen von kommunaler und Landesebene auf Bundes- bzw. EG-Ebene. Je höher die Verantwortlichkeiten angesiedelt werden und je größer die politisch-administrativen Einheiten in Deutschland und dem in der EG zusammengeschlossenen Teil Europas werden, desto schwieriger wird es für die dänische Minderheit, sich Gehör zu verschaffen und die eigenen Lebensbedingungen mitzugestalten. Die bereits heute spürbaren Folgen der EG-Integration in Dänemark (Steuerharmonisierung, Sozialabbau, Zentralisierungstendenzen etc.) könnten in einem EG-Bundesstaat die besonderen Charakteristika der dänischen Gesellschaft und des „skandinavischen Modells“ stark nivellieren. Dem dänisch-gesinnten Bevölkerungsteil südlich der Grenze könnte dadurch

neben sinkender materieller Zuwendung aus Dänemark auch die ideelle Zuwendung entzogen werden und es könnten erhebliche Identitätsprobleme entstehen. Neben der internen Solidarität in der dänischen Minderheit ist es für den SSW vor dem Hintergrund seines heutigen Selbstverständnisses aber wichtig, in zahlreichen politischen Fragen auf die Inspiration und Vorbilder der dänischen Gesellschaft zurückzugreifen zu können - sei es in kultur- und bildungspolitischen, sozialen, energiepolitischen oder in Fragen des Demokratieverständnisses.

Hier ist es neben dem zukünftigen europäischen Weg der nordischen Länder von entscheidender Bedeutung für die Zukunft der dänischen Minderheit, in welchem Maße die dänischen Südschleswiger insgesamt die Rolle als Mittler über die Grenze ausfüllen und sich zugleich - unter Wahrung der eigenen Identität - stärker in die Gesellschaft im Land Schleswig-Holstein einbringen. Der SSW mit seinen gewählten Vertretern und die meisten Südschleswiger als Privatpersonen praktizieren seit Jahrzehnten eine in diesem Sinne verstandene Integration; bei anderen dänisch-südschleswigschen Vereinen besteht - ungeachtet der Sonntagsreden auf allen Seiten - noch ein gewisser Nachholbedarf, was den Blick über den eigenen Tellerrand, ein selbstbewußtes Angebot und die aktive Mitarbeit etwa in den Bereichen Jugend, Schule und Kultur vor Ort wie auf Landesebene angeht.⁴⁴ Auf diesen Gebieten herrscht nach dem Regierungswechsel in Kiel ein liberaleres Klima, so daß heute für die dänischen Vereine und Verbände kein Anlaß mehr bestehen sollte, in einer früher vielleicht wohlbegründeten „Isolation“ zu verharren und sich lediglich mit sich selbst zu beschäftigen und allenfalls Kontakte nach Dänemark zu pflegen.

Die Notwendigkeit einer selbstbewußten, aktiven Mitarbeit stellt sich für die dänische Minderheit und den SSW umso mehr, als sich der Trend zur Individualisierung einerseits und zur „Multiplikatoren-“ bzw. Mediengesellschaft andererseits auch auf die dänische Minderheit auswirkt. Hinzu kommt die weitgehende Ignorierung der dänischen kulturellen und politischen Arbeit durch das konservative Flensburger Tageblatt, das nach Übernahme der Husumer Nachrichten - bei eher rückläufigem Ge-

wicht von Flensburg Avis - im Landesteil Schleswig quasi eine Monopolstellung einnimmt.

Zu den „inneren“ Faktoren für die politische Zukunft des SSW zählt ebenso eine Intensivierung der Parteiarbeit nach innen wie nach außen. Das Profil der Partei wird nicht erst seit der sogenannten „Kieler Affäre“ 1987/88 weitgehend durch den Landtagsabgeordneten Karl Otto Meyer geprägt, während Parteigremien wie der SSW-Landesverband, der Parteivorstand und die Kreisverbände zumindest nach außen hin ein eher niedriges Profil zeichnen. Lagen die Stimmenzahlen bei Kommunalwahlen (mit 600-700 SSW-Kandidaten) traditionell um einige Tausend über denen der jeweiligen Landtagswahlen (14 Kandidaten), so übersteigen die SSW-Resultate bei den Landtagswahlen 1987 und 1988 die jüngeren Kommunalwahlergebnisse deutlich. Angesichts eines Rückgangs auf 23 029 Stimmen bei der Kommunalwähl 1990 dürften die 26 643 Stimmen der Landtagswahl 1988 (1987: 23 316) keinen realistischen Ausgangspunkt für die Behauptung des Landtagsmandates am 5. 4. 1992 darstellen.

Kann der SSW beispielsweise in der Stadt Schleswig sowie in den Kreisen Schleswig-Flensburg und Nordfriesland auf eine funktionierende politische Arbeit und einen teilweise vollzogenen Generationswechsel verweisen, so steht dieser Generationswechsel an der Parteispitze und insbesondere hinsichtlich des/ der zukünftigen Landtagsabgeordneten noch aus. Auf das besondere „Problemkind Flensburg“ des SSW ist bereits eingegangen worden.

Der SSW steht vor der Aufgabe, in Verbindung mit einem Generationswechsel die gesamte Parteiarbeit auf allen Ebenen zu intensivieren und - ebenso wie die dänisch-südschleswigschen Vereine - in der Öffentlichkeit verstärkt Profil zu zeigen. Unter dieser Voraussetzung dürfte Optimismus gerechtfertigt sein, daß der SSW nach Wiedergewinnung des Landtagsmandates 1992 - letztmalig mit Karl Otto Meyer als Spitzenkandidaten - auch über 1996 hinaus im Schleswig- Holsteinischen Landtag vertreten ist.

ANMERKUNGEN (fortlaufend zum Teil I, GFH 2/91)

- 25 Diese Praxis ist bis heute von jedem neugewählten Landtag bestätigt worden. Die praktische Bedeutung des Fraktionsstatus liegt darin, daß auch der SSW-Abgeordnete in Kietz. B. ausschlußberechtigt ist, wissenschaftlich Beistand im Landtag erhalten und eigene Gesetzesinitiativen im Parlament einbringen kann.
- 26 *Anders Ture Lindstrøm*: a. a. O., S. 174.
- 27 *Wilfried Lagler*: a. a. O., S. 145.
- 28 *Vgl. Eskild Bram*: Politik i Sydslesvig 1945-1979, in: *Grænseforeningens Årbog* 1980, S. 20.
- 29 *Vgl. Erik Vestergaard*: De kamiped med åben pande. Sydslesvigske politikeres gerninger i en bevæget tid, in: *Sydslesvigsk Årbog* 1981-82, S. 12.
- 30 *Niels Bøgh Andersen*: Forstander på Jaruplund, Flensborg 1978. Lesenswert sind auch die anderen Erinnerungen dieser herausragenden Persönlichkeit mit dem Titel *Fiskerspn fra Aventoft, Krigsdagbog und Feltdegn fra Harreslev Mark*. Niels Bøgh Andersen, der bis zuletzt aktiv am Geschehen im Grenzland teilnahm, ist am 6. 8. 1991 im Alter von 83 Jahren verstorben.
- 31 Zur Einrichtung des Ausschusses und seiner Geschäftsordnung siehe *Karl Otto Meyer*: Der beratende Ausschluß für Fragen der dänischen Minderheit, in: *Grenzfriedenshefte*, Nr. 4/1966. S. 157-159.
- 32 Wengleich im vorliegenden Beitrag etwas vernachlässigt, so ist die Bedeutung des friesischen Elementes in Geschichte und Gegenwart des SSW nicht zu unterschätzen. Im Standardwerk von *Thomas Steensen*: Die friesische Bewegung in Nordfriesland im 19. und 20. Jahrhundert, Neumünster 1986, wird u. a. ausführlich eingegangen auf die Entwicklung in Nordfriesland von 1920-1945, wo es mit dem Friesisch-schleswigschen Verein den Vorläufer der Nationalen Friesen gab, die heute mit der dänischen Minderheit und dem SSW Zusammenarbeiten. Der Friesisch-schleswigsche Verein stellte in der Weimarer Republik eine eigene „Liste Friesland“ auf, mit der im Listenverbund mit Dänen, Polen und Sorben zu Reichs- und Landtagswahlen kandidiert wurde. Eine Übersicht über die Minderheiten im Grenzland bietet auch *Carl Boehm*: Die jüngere politische und kulturelle Entwicklung der dänischen nationalen Minderheit in der Bundesrepublik Deutschland und der deutschen nationalen Minderheit im Königreich Dänemark unter besonderer Berücksichtigung des friesischen Bevölkerungsteils in der Bundesrepublik, Neuauflage 1990 der 1987 erschienenen Dissertation, erhältlich beim Verfasser: Bachstraße 20,

- 2000 Hamburg 76.
- 33 *Karl Weigand*: Die Sozialstruktur der deutschen und der dänischen Minderheit im Jahr 1965, in *Grenzfriedenshefte*, Nr. 4/1966, S. 237-247.
 - 34 Für *Nils Vollertsen* liegen die Meinungsunterschiede zudem darin begründet, daß sich das alte Flensburg-Dänentum in der Stadt an seinen früher starken politischen und Ökonomischen Einfluß in der Stadt und innerhalb der Minderheit insgesamt klammerte, während seine frühere dominierende Position innerhalb der dänischen Minderheit in der Phase der „Entnationalisierung“ nach 1955 zunehmend angefochten worden sei: Nils Vollertsen: Fra grænsekamp til sameksistens - fra ideal til realpolitik. Synspunkter om danskheden in Sydslesvig 1945-85, in: *Sydslesvigsk Årbog* 1980-81, S. 12.
Einen interessanten Beitrag zur Geschichte des Grenzfriedensbundes und zur Entwicklung des aufgeschlosseneren Teiles der deutschen Farben im „Regenbogenland Südschleswig“ und dessen Einstellungen gegenüber dem dänischen und friesischen Bevölkerungsteil leistet *Tilmann Eysholdt*: *Im Spannungsfeld von Nation und Europa. Der Grenzfriedensbund 1950-1990*, Hrsg. Grenzfriedensbund 1990.
 - 35 SSW: Satzungen, Programme und Auszüge aus dem Parteiengesetz, Flensburg 1968.
 - 36 Siehe auch *Rüdiger Wenzel*: Politische Apartheid in Schleswig-Holstein?, in: *Grenzfriedenshefte*, Nr. 4/1987, S. 264-268.
 - 37 SSW: Rahmenprogramm, Organisationsbestimmungen, Bonner Erklärung von 1955, Flensburg 1981.
 - 38 Eine Kritik, die auch vom Grenzlandbeauftragten der Landesregierung, *Kurt Schulz*, getragen wird, der in diesem wichtigen, nach dem Regierungswechsel eingerichteten (Ehren)Amt mit großem Engagement die Nachfolge Kurt Hamers angetreten hat: *Flensburg Avis* vom 22. 6. 1991, S. 3.
 - 39 Während in Nordschleswig zum dritten Mal deutsche Staatsbürger wählen könnten und sogar ein deutscher Staatsbürger die deutsche Minderheit im Rat der dänischen Stadt Apenrade vertritt, wird südlich der Grenze dänischen Staatsbürgern, die zum Teil über 30 Jahre in Südschleswig wohnen und Steuern zahlen, das Wahlrecht weiterhin vorenthalten. Das auf Drängen des SSW gemeinsam mit der SPD durchgesetzte kommunale Wahlrecht auf Gegenseitigkeit, d. h. für Staatsangehörige aus den Ländern, in denen deutsche Staatsangehörige wählen dürfen, als einem ersten Schritt hin zum kommunalen Wahlrecht für alle Ausländer ist bekanntlich vom BVG Karlsruhe aufgehoben worden.
 - 40 Die Bedeutung der strukturellen Bedingungen in den Heimatregio-

- nen der Minderheiten für deren Perspektiven wird oftmals unterschätzt - es sei nur an die Zerstörung ganzer Dörfer im Zuge des Braunkohleabbaus im Siedlungsgebiet der Lausitzer Sorben erinnert. In unserer Region siehe: Jens *Peter Jensen*: Jugendarbeitslosigkeit im Landesteil Schleswig, in: *Grenzfriedenshefte*, Nr. 1/1988, S. 50-60.
- 41 Die u. a. von Björn Engholm angestrebte Zusammenfassung der norddeutschen Bundesländer zu einem „Nordstaat“ wird vom SSW abgelehnt: Dies würde zu einer weiteren Verlagerung der Entscheidungen „nach oben“ führen und nicht nur eine (landes)politische Vertretung von Dänen und Friesen ausschließen, sondern auch die Berücksichtigung des dänischen und friesischen Bevölkerungsteils im Artikel 5 der neuen Schleswig-Holsteinischen Landessatzung aufheben. Beim Thema EG-Integration bildet die dänische Minderheit mit unterschiedlichen Positionen ein Spiegelbild der Bevölkerung in Dänemark - bei Skepsis gegenüber einer weitgehenden EG-Integration. Hinzukommen mag eine beim SSW bis heute vorzufindende Kritik am traditionellen „Zentralismus“ der deutschen Sozialdemokratie, die sich gerade angesichts der jüngeren Entwicklung innerhalb der EG wieder zeigt mit der zunehmenden Verlagerung der Kompetenzen auf höhere Ebenen, die selbst vor sozialen, arbeitsrechtlichen oder kulturellen Errungenschaften einzelner Länder nicht haltzumachen scheint. Diese Bemerkung kann sich der Verfasser als entschiedener Gegner jeglichen Zentralismus' und damit auch der geplanten EG-„Union“ nicht versagen. Zur Europapolitik und zu Fragen der Selbstbestimmung siehe auch: *Deutschlandpolitik - Europapolitik. Lösungsmöglichkeiten für Nationalitätenprobleme* mit Beiträgen von Hans Büchler, Kurt Hamer und Raining Krueger, Hrsg. Seliger-Gemeinde, Gesinnungsgemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten, München 1989.
- 42 vgl. Stichproben-Untersuchungen des Statistischen Landesamtes bei den Landtagswahlen 1987 und 1988 bietet *Karl Weigand*: Die dänische Volksgruppe in Schleswig-Holstein im Jahre 1988 - eine kulturgeographische Bestandsaufnahme ihrer politischen Präsenz, Flensburger Arbeitspapiere zur Landeskunde und Raumordnung, Nr. 20, 1989.
- 43 U. a. *Flensburger Statistische Blätter*, Nr. 32 und Nr. 33 zur Bundestagswahl am 6. 3. 1983 und zur Landtagswahl am 13.3. 1983, Hrsg.: Magistrat der Stadt Flensburg, Verf.: Raining Krueger.
- 44 Über „Diskussionen, Konflikte, neue Aktivitäten und ein verändertes Selbstbewußtsein in der dänischen Minderheit“ in den 80er Jahren berichtet *Klaus Bästlein* in seiner informativen Analyse: Die däni-

sche Minderheit zwischen „Aufrührern“ und „Preußen in dänischer Verkleidung“, in: *Grenzfriedenshefte* 2/1987, S. 80-105.

Nachdem im Hauptteil dieses Heftes mit Raining Krueger ein „Insider“ über den SSW und auch über dessen Abgeordneten im Kieler Landtag berichtet hat, mag es für unsere Leser von Interesse sein, vergleichend zur Kenntnis zu nehmen, wie K.-O. Meyer (und auch der nördlichste Teil der Bundesrepublik) in der bekannten Berliner Zeitung „Der Tagesspiegel“ (29.8.1991) porträtiert wird:

Einzelkämpfer im Kieler Landeshaus

Der Fall des einstigen schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Uwe Barschel beschäftigt in dieser Woche den Kieler Landtag. Dafür hat der Abgeordnete Karl Otto Meyer gesorgt, der politische Repräsentant der dänischen Minderheit im Kieler Landeshaus. Anlaß waren jüngste Presseberichte, nach denen Barschel nicht nur mehrfach zu privaten Techtelmechtel in die damalige DDR-Hafenstadt Rostock gefahren sei, sondern möglicherweise auch noch seine Finger im illegalen Waffenhandel gehabt habe. Darüber meinte wohl Meyer, könne man in Kiel nicht so einfach zur Tagesordnung übergehen. Den mit absoluter Mehrheit regierenden Sozialdemokraten, denen Meyer nicht sehr fern steht, hat er damit sicher einen Gefallen getan. Sie sind peinlich genau darauf bedacht, nicht in den Ruf zu kommen, sie wollten die neuen Nachrichten über den früheren CDU-Ministerpräsidenten für den bevorstehenden Wahlkampf ausschlachten. Andererseits dürfte es ihnen nicht vollends gegen den Strich gehen, wenn das Thema von anderer Seite zur Sprache gebracht wird. Karl Otto Meyer, meist nur abgekürzt K.-O. Meyer genannt, nimmt im Landtag eine Sonderstellung ein. Er vertritt dort seit 1971 die vor allem im Landesteil Schleswig lebenden Frauen und Männer, die sich zu den Dänen zählen und die zum Beispiel ihre eigenen Kindergärten und Schulen betreiben. Die Partei dieser Minderheit, der Südschleswigsche Wählerverband (SSW), ist nicht an die Fünfprozenthürde gebunden. Ihr reichen ein Prozent oder zwischen 18000 und 20000 Stimmen, um einen Abgeordneten nach Kiel schicken zu können. Auf der anderen Seite gibt es im dänischen Nordschleswig eine deutsche Minderheit, für die ganz ähnliche Bestimmungen gelten. Die Rechte der jeweiligen Minderheiten sind in Verträgen garantiert, die heute in Europa als vorbildlich gelten. Sie beendeten nach dem Krieg eine lange leidvolle Geschichte, während der der Grenzverlauf zwischen beiden Völkern mehrfach gewaltsam geändert wurde. Der gelernte Lehrer und Journalist Meyer, Vater von fünf Kindern, macht während der Legislaturperiode über das nördlichste Bundesland hinaus kaum jemals Schlagzeilen, obwohl er im Parlament wahrlich nicht nur dann das Wort ergreift, wenn seine „Dänen“ direkt betroffen sind. Karl Otto Meyer nimmt in vielen Fragen klare Positionen ein, etwa

dann, wenn es um die Kernkraft geht, die er entschieden ablehnt.

Die großen bundesweiten Auftritte hat der Abgeordnete an Wahlabenden, wenn er selbst seinen Anteil schon zusammen hat, aber noch nicht klar ist wer von den Großen nun zuletzt das Rennen macht. So zum Beispiel 1979, als der damalige SPD-Kandidat Klaus Matthiesen dem CDU-Ministerpräsidenten Gerhard Stoltenberg im Nacken saß. Da wagte sich bis weit in den Abend hinein niemand vor die Kameras. Nur K.-O. Meyer ließ sich in leichtsinniger Weise blicken und wurde stundenlang von Mikrophon zu Mikrophon gereicht.

Bei der Landtagswahl im September 1987 geriet Meyer dann tatsächlich dorthin, wohin er um Himmels willen niemals kommen wollte: in eine Schlüsselrolle. Barschel war damals noch im Amt, der Spiegel hatte die vom Barschel-Vertrauten Pfeiffer erzählten Machenschaften gegen den SPD-Spitzenkandidaten Björn Engholm am Vortag veröffentlicht. Bei der Wahl erhielten CDU und FDP, die gemeinsam regieren wollten, 37 Parlamentssitze, die SPD 36 und Meyer sein eigenes Mandat für den SSW. Weil Meyer nicht mit der CDU stimmen und sich von der auch nicht zur Stimmenthaltung zwingen lassen wollte, kam es im Landtag zum Patt.

Spätestens seither gilt Meyer, der in Nordfriesland auf dem Lande zu Hause ist und im Garten, wie es dort üblich ist, ein paar Schafe grasen läßt, auch bei denen, die ihn bis dahin nicht kannten oder unterschätzten, als ein Politiker, der Beachtung findet. An Selbstüberschätzung wird er niemals krank, dazu ist er tatsächlich viel zu „dänisch“. Und ein großer Redner wird der Einzelkämpfer gewiß auch nicht mehr werden. Dort, wo er herkommt, wo die Nordsee nicht fern ist und der Himmel unglaublich hoch und weit, dort sind große Reden sowieso nicht gefragt. Wer viel Worte macht, ist meist ein Tourist.

Karsten Plog

Deutsch als Fremdsprache „in“

KOPENHAGEN (pv.) Deutsch als Fremdsprache ist bei den dänischen Schülern wieder „in“, wenn man dies am Interesse der Pennäler messen will, welche Fremdsprache sie auf Kursen in den Sommerferien lernen. Zwar ist Englisch immer noch die beliebteste Fremdsprache, doch Deutsch und Spanisch sind im Kommen. Der größte Sprachreisen-Anbieter für Schüler in Dänemark ist das Unternehmen „EF sprogrejser“. Rund 3000 Schüler wurden von der Firma in diesem Jahr zu Sprachkursen ins Ausland geschickt. Mit 65 Prozent stehen die USA und Großbritannien an der Spitze. Doch wie Lisbeth Schæffer von „EF sprogrejser“ erklärt, machen Deutschkurse in diesem Jahr 20 Prozent der Reisen aus. Damit wurde Französisch erstmals seit Jahren auf den dritten Rang verwiesen.

Grenzland nicht Ende der Welt

Seminar der Europäischen Akademie / Grenzüberschreitende Ausbildung

Leck (nt). Zwanzig Jugendliche von Gymnasien aus ganz Schleswig-Holstein nahmen teil an einer Studienwoche über wirtschaftliche, politische und soziale Probleme im deutsch-dänischen Grenzraum, gestaltet von der Europäischen Akademie Schleswig-Holstein in Leck, der Auguste-Viktoria-Schule Flensburg und dem Kultusministerium.

Nach einer Einführung in die wechselnde deutsch-dänische Geschichte stellten sich im Flensburger Rathaus der Stadtpräsident und Vertreter aller Ratsfraktionen den kritischen Fragen der Seminarteilnehmer.

Im dänischen Gymnasium, der „Duborg-Skole“, nahmen die Schüler am Unterricht teil und sprachen mit Gleichaltrigen über ihren Alltag.

In Apenrade standen ein Besuch in der dänischen Kaufmannsschule, im deutschen Generalkonsulat und in der deutschen Zentralbücherei auf dem Programm. Im Amt Sønderjylland diskutierte die Gruppe mit dem dänischen EG-Referenten über die Schwierigkeiten und Chancen grenzüberschreitender Zusammenarbeit.

In Leck berichteten Peter Iver Johannsen vom Bund Deutscher Nordschleswiger und Dr. Thomas Steensen vom Nordfriisk Instituut über die aktuelle Situation ihrer Volksgruppen. Zu Gast in dem Seminar war ebenfalls der SSW-Landtagsabgeordnete Karl-Otto Meyer. Er plädierte für grenzüberschreitende Ausbildungsgänge, um die berufliche Zukunft der Jugend im Grenzland zu sichern. „Flensburg ist nicht das Ende der Welt“, so Karl Otto Meyer. „Die Vernachlässigung der Grenzregion führt auch zu einer Unterbewertung Skandinaviens.“

Nach eifrigen und engagierten Recherchen, die bis in die Nacht gingen, entstand am Ende des Seminars eine Schülerzeitung, in der die Gruppe ihre Eindrücke, Erlebnisberichte und Diskussionsbeiträge in einer bunten Palette zusammentrug. Die Zeitung wurde einem Vertreter des Kultusministeriums überreicht, sie soll gedruckt und an Schulen in ganz Schleswig-Holstein verschickt werden.

Nordfriesland Tageblatt, 19.7.1991

Zusammen der Opfer von Idstedt gedacht

Troels Fink sprach auf der Gedenkfeier IDSTEDT/MAASBÜLL (ft.) Ein markantes Zeichen deutsch-dänischer Verständigung: Erstmals in der Geschichte gedachten deutsche und dänische Repräsentanten gemeinsam der Opfer der Schlacht bei Idstedt vor 141 Jahren. Seinerzeit schlug die dänische Armee die

schleswig-holsteinische Erhebung nieder. Jährlich wurde bisher getrennt an den Denkmälern und Soldatengräbern der insgesamt mehr als 5000 Opfer gedacht. In diesem Jahr trafen offiziell Deutsche und Dänen zu Erinnerungsfeiern zusammen. Am Ehrenmal in Neukrug in der Gemeinde Maasbüll legten der Kreispräsident von Schleswig-Flensburg, Johannes Petersen, und der Geschäftsführer der dänischen Erwachsenenbildung in Südschleswig, Ernst Vollertsen, einen Kranz nieder. Am Denkmal an der Idstedt-Gedächtnishalle wurde durch Kreispräsident Petersen und den Standortältesten und Kommandeur des Verfügungstruppenkommandos 41 in Schleswig, Oberst Reimers, ein Kranz niedergelegt.

Besondere Beachtung fand der anschließende Gedenkvortrag, den der dänische Historiker, Grenzlandexperte und frühere Generalkonsul in Flensburg, Professor Troels Fink aus Apenrade in der Gaststätte „Zur alten Schule“ in Idstedt hielt. In der Begrüßung brachte Kreispräsident Petersen seine Freude darüber zum Ausdruck, daß Troels Fink sich spontan bereiterklärt habe, anlässlich des Idstedt-Tages zu sprechen. Er würdigte ihn als eine herausragende Persönlichkeit des deutsch-dänischen Grenzlandes.

Der 79jährige Referent gab eine Darstellung der dänisch/schleswig-holsteinischen Geschichte aus dänischer Sicht. Er erinnerte daran, daß das Verhältnis zwischen den Herzogtümern und Kopenhagen tiefer gewesen sei als eine Personalunion – faktisch habe es in vielen Bereichen eine „Realunion“ gegeben. Die damalige Erhebung gegen Dänemark bezeichnete er als einen Bürgerkrieg. Die Schlacht von Idstedt sei ein „einschneidendes Ereignis“ in der dänischen Geschichte gewesen. Der Wissenschaftler sprach sich in seiner freigehaltenen Rede für eine „moderne“ schleswig-holsteinische Geschichtsschreibung unter Berücksichtigung jüngster dänischer Erkenntnisse aus. Auch er empfinde große Freude darüber, heute miteinander sprechen und gemeinsam die Geschichte aufarbeiten zu können.

Flensburger Tageblatt, 27.7.1991

Zweites Historiker-Treffen des Nordfriisk Instituut

Thema: Deichbau und Sturmfluten in den Frieslanden

BREDSTEDT/HUSUM (Nfl.). Deichbau und Sturmfluten, Landgewinn und Landverlust sind das beherrschende Thema in der friesischen Geschichte. Es steht deshalb im Mittelpunkt des 2. Historiker-Treffens des Nordfriisk Instituut am 9. und 10. November im Nissenhaus in Husum.

Seit mindestens einem Jahrtausend haben sich die Friesen mit dem Meer als dem bestimmenden Element ihrer Landschaft auseinanderzusetzen. Deichbau, Urbarmachung des Landes und andere Techniken brachten wirtschaftliche Blütezeiten, die aber mehrfach durch folgenschwere Sturmfluten beendet wurden.

Wie verlief die Entwicklung in den drei Frieslanden? Welche Gemeinsamkeiten gibt es, worin bestehen Unterschiede? Wie ist der heutige Forschungsstand? Auf diese Fragen soll das Historiker-Treffen Antwort geben. Aktualität gewinnt das Thema auch angesichts des steigenden Meeresspiegels und der zunehmenden Zahl von Sturmfluten in der Gegenwart.

Acht Referenten aus Schleswig-Holstein, Ostfriesland und Westfriesland (Niederlande) hat das Nordfriesische Institut gewinnen können. Sie werden das Thema aus verschiedenen Blickwinkeln betrachten. Die Tagung ist auch mit einem musikalischen Ereignis verbunden. Der Liedermacher Helmut Debus, begleitet von Paddy Maindok, und der Schriftsteller Oswald Andrae werden erstmals seit längerer Zeit wieder ihr „Leed van de Diekers – über einen Deicharbeiter-Aufstand 1765 an der Nordsee“ aufführen, und zwar am Sonnabend, dem 9. November, um 20.00 Uhr im Husumer „Speicher“. Eintrittskarten gibt es zum Preis von 12,- DM (ermäßigt: 9,- DM) u. a. im Nordfriisk Instituut, Bredstedt, Süderstraße 30, Tel. 04671/2081. Das Historiker-Treffen wendet sich, wie schon die erste Tagung vor drei Jahren an alle, die sich für friesische Geschichte interessieren. Programm und Anmeldecoupon sind im Nordfriisk Instituut erhältlich.

Nordfriisk Instituut, 22. August 1991

„Gemeinsam der Vergangenheit ins Auge sehen“

(pop). „Befriedigung und innere Freude“ verspüre er bei der Vergabe des Förderpreises der Sparkassenstiftung, sagte Direktor Georg Wedegärtner gestern und wandte sich dabei an Schimon Monin, der 1934 Flensburg mit seiner Familie verließ und heute in Israel lebt. Monin ist Sprecher der aus Schleswig-Holstein stammenden Juden in Israel; für den Start einer Mitgliederzeitschrift erhält er den Sparkassen-Förderpreis in Höhe von 25000 Mark.

Nicht „Kollektiv-Scham“, wie Margarethe Mitscherlich, sondern „Kollektiv-Schuld“ des deutschen Volkes empfinde er angesichts der Verbrechen der Nazis an Juden, Sinti, Roma, Homosexuellen und anderen Gruppen, fuhr Wedegärtner fort. „Die Zeit heilt gar nichts“, zitierte er Ralph Giordano. Die Zertrampelung demokratischer Strukturen“, so der Sparkassendirektor, habe lange vor der systematischen Vernichtung der Juden begonnen. Und wiederum an Schimon Monin gewandt: „Wir müssen gemeinsam der Geschichte ins Auge sehen, damit so etwas nie wieder passiert.“ Besonders in diesem Punkt erhielt er die Zustimmung des geborenen Flensburgers: „Wir können euch helfen, die Vergangenheit nicht zu vergessen. Nur mit dem Wissen um die Vergangenheit kann man eine Zukunft bauen.“ Schimon Monin zeigte sich gerührt bei der Zusammenkunft in der Stadtsparkasse, an der neben seiner Gattin Chana auch Vertreter der Ratsfraktionen, Oberbürgermeister Dielewicz und Vertreter der

Sparkasse teilnehmen.

Monin wurde 1922 geboren. Sein Vater war Schneidermeister und hatte seine Werkstatt in der Norderstraße 111. Zuletzt wohnten die Monins in der Harrisleer Straße. Als die Diskriminierung jüdischer Bürger in den 30er Jahren auch in Flensburg zunahm, entschloß die Familie sich 1934 zur Emigration nach Palästina. Über Berlin und Triest erreichten sie im Oktober 1934 den Hafen von Jaffa.

Schimon Monin setzte sich frühzeitig – auch gegen Bedenken im eigenen Land – für eine deutsch-israelische Verständigung ein. 1969 führte er eine Jugendgruppe nach Goslar. Ein Jahr später besuchte er Flensburg, wo er die frühere Hausärztin der Familie Monin traf, Dr. Elisabeth Oschatz-Dethleffsen, die unter anderem bei der Vorbereitung und der Durchführung der Emigration geholfen hatte. Oberbürgermeister Dielewicz, Mitglied des Vorstandes der Sparkassenstiftung, sprach im Zusammenhang mit der Frage der Kollektiv-Schuld der Deutschen von einer „großen seelischen Last, die auf mir ruht“. So wie er und sein jüdischer Schulfreund an einem Jesuiten-Kolleg in München „Outlaws“ gewesen seien, so seien auch die Juden immer „Outlaws“ gewesen. Dieter Pust fügte einige historische Anmerkungen zum jüdischen Leben in Flensburg hinzu.

Flensburger Tageblatt, 30.8.1991

Unterstützung für dänische Volksgruppe

Flensburg – Kurt Schulz, Ex-Bürgermeister in Eckernförde und Grenzlandbeauftragter des Ministerpräsidenten, hat die kommunalen Repräsentanten im Landesteil Schleswig dazu aufgefordert, die finanziellen Ansprüche der dänischen Volksgruppe zu erfüllen.

Gegenüber dem Südschleswigschen Pressedienst sagte Kurt Schulz, nach der schleswig-holsteinischen Landesverfassung habe die dänische Volksgruppe Anspruch auf Schutz und Förderung nicht nur des Landes, sondern auch der Gemeinden und Gemeindeverbände.

Leider werde die Förderung der dänischen Volksgruppe in den Kreisen, Städten und Gemeinden sehr unterschiedlich gehandhabt. Mit Informationsgesprächen habe die Volksgruppe kürzlich versucht, Verständnis für ihr Anliegen bei kommunalen Repräsentanten zu finden. Nur ein Bruchteil der eingeladenen Vertreter habe diese Gelegenheit zur Information über die dänische Arbeit genutzt. „Das macht mich sehr betroffen“, fügte der Grenzlandbeauftragte hinzu.

Kurt Schulz forderte seine Kollegen auf, sich über die Aktivitäten der dänischen Volksgruppe zu orientieren und das Gespräch mit Volksgruppen-Repräsentanten vor Ort zu suchen. „Es geht nicht mehr um die Beseitigung eines Gegeneinanders, das besteht schon lange nicht mehr. Es handelt sich vielmehr um das Miteinander

und zugleich um ein Füreinander“, sagte er.

Südschleswigscher Pressedienst,
11.9.1991